

Graz 1997

Schlußbotschaft

1. Acht Jahre sind vergangen, seit die Erste Europäische Ökumenische Versammlung in Basel abgehalten wurde, die erste ihrer Art, die einen freudigen Vorgeschmack der in Europa bevorstehenden umwälzenden Veränderungen gab, und vielen Gebieten Freiheit und das Ende des "Kalten Krieges" brachte. Heute, da wir im Juni 1997 in Graz, Österreich, zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung zusammengekommen sind, ist die Euphorie verflogen. Die Erklärung von Basel über "Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung", in der gesagt wurde, daß Europa sich mit einer Serie untereinander verbundener Probleme konfrontiert sieht, die das Überleben der Menschheit gefährden, hat sich bewahrheitet, und selbst die Grausamkeiten des Krieges sind nach Europa zurückgekehrt und haben ungeheilte Wunden hinterlassen.

2. Herausgefordert und angeregt vom Thema "Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens" kamen wir, Männer und Frauen aller Generationen, aus den vielen Kirchen Europas, aus Ost und West, aus Nord und Süd, nach Graz. Unter uns waren auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Religionen und Gäste aus anderen Teilen der Welt. Als Christen aus Kirchen, die immer noch getrennt sind, erleben wir Ängste, Spannungen, Probleme und Barrieren, wie unsere Miteuropäer und im Grunde wie alle Menschen. Aber in unseren Herzen war die starke Hoffnung, Schritte zu tun auf dem Weg der Versöhnung. Diese Hoffnung wurde verstärkt durch die Präsenz und die Beiträge so vieler junger Leute.

3. Wir kamen zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung, weil wir gläubig sind, und weil wir aus Gottes Gabe der Versöhnung leben wollen. Wir kamen mit der Hoffnung, daß wir, wenn wir uns durch diese Gabe in unserem täglichen Leben, im Leben unserer Kirchen und unseres Kontinents leiten lassen, zur Einheit der Kirchen und der Menschheit beitragen.

4. Gott hat uns in diesen Tagen reich gesegnet. Die täglichen Gottesdienste bildeten einen wesentlichen Bestandteil dieser Versammlung und die Grundlage unserer Gemeinschaft. Im gemeinsamen Gebet wurde uns erneut klar, daß wir einen barmherzigen und treuen Vater im Himmel haben, an den wir alle als Söhne und Töchter glauben. Im Nachdenken über Gottes Wort spürten wir im Evangelium die Macht seiner Gnade, die unser Denken verändert und den Menschen, die sich um den Einen Herrn versammeln, neues Leben schenkt. Der Heilige Geist, der der "Geber des Lebens" ist, schuf eine Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit, in der wir mit Herz und Sinn füreinander offen sein konnten. Wir fühlten auch den Schmerz fortdauernder Trennungen, die unterstreichen, wie schwer es ist, die Versöhnung zu leben, die wir verkündigen. Für die Durchführung einer so großen Versammlung, an der Delegierte und Kirchenführer aus mehr als 150 Kirchen und mehr als 10 000 Menschen aus vielen verschiedenen Traditionen teilnahmen, war praktische Nächstenliebe gefordert. Wir erlebten, daß ökumenische Begegnung

harte Arbeit ist, aber auch die Freude wachsender Einheit beinhaltet. Die ökumenische Bewegung ist in sich selbst schon ein Weg der Versöhnung.

Reflexion

5. In Graz konnten wir einen Eindruck von der Wirklichkeit der Versöhnung in Christus bekommen, und der Segnungen, die auf dem Weg dorthin zu finden sind - des Segens unserer Erinnerung an die jüdischen Wurzeln unseres Glaubens (Röm 11,16-18), der Wiederentdeckung unserer Nachbarn, der Erneuerung von Freundschaften und gegenseitigem Vertrauen, das beide Seiten verwandelt. Dies gab uns die Gelegenheit, zusammen zu wachsen und dadurch eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Wir haben eine Vision Europas, in dem es keine Kirchen, Bürgerinnen und Bürger, Staaten und Rassen erster oder zweiter Klasse gibt, und wo alle Mitglieder der einen europäischen Familie eine Stimme haben, einem Europa, das sich seiner Verantwortlichkeiten bewußt ist und anderen Kontinenten gegenüber offen bleibt. Eine erneuerte und leidenschaftliche Verpflichtung von seiten aller Kirchen, für die Erfüllung des Gebetes unseres Herrn, " Alle sollen eins sein: Wie Du, Vater, in mir bist und ich in dir bin, sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaubt." (Joh 17,21-22), würde sicherlich zur Entwicklung eines wahrhaft vereinten Europas beitragen. Wir glauben, daß dies eine Vision ist, die alle ansprechen muß, und zu der wir uns als Christinnen und Christen verpflichten.

6. Wir kamen zu dieser ökumenischen Versammlung, nicht nur um Ideen auszutauschen und Erfahrungen zu teilen, sondern über Worte hinaus zu konkreten Maßnahmen zu kommen, im Bewußtsein, daß unsere Trennungen und Feindschaften immer noch Konflikte hervorrufen und ein ernsthaftes Hindernis sind, die Gabe der Versöhnung sichtbar zu machen. Dafür bitten wir um Gottes Vergebung und sprechen denen, die durch uns Leid erlebt haben, unsere Reue aus. Wir sind traurig darüber, daß es diese Trennungen nicht nur zwischen unseren Kirchen, sondern auch zwischen einzelnen Mitgliedern unserer Kirchen und zwischen Frauen und Männern gibt. Da diese Schwierigkeiten in uns als Einzelnen und in unseren Kirchen bestehen, muß die Versöhnung durch den Geist Gottes in Christus beginnen, der unsere Herzen und Sinne verwandelt.

7. Wir anerkennen die Möglichkeiten, die sich aus der Globalisierung ergeben, sind uns aber auch bewußt, daß dadurch Menschen Opfer wirtschaftlicher Interessen und Entscheidungen werden können, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Die Kluft zwischen reich und arm wird größer, nicht nur in den anderen Teilen der Welt, sondern auch in vielen Teilen Europas. Rücksichtslose Ausbeutung von nicht erneuerbaren Ressourcen, Umweltverschmutzung und Zerstörung der Ökosysteme richten unermesslichen Schaden an und bedrohen das Wohl zukünftiger Generationen und der ganzen Schöpfung.

Herausforderung

8. Wir Christen und Kirchen Europas stellen uns diesen Herausforderungen im Bewußtsein unserer Schwäche und der Schande unserer Spaltung. Wir können

keine einfachen Lösungen anbieten. Was uns bewegt, ist unsere christliche Vision der Versöhnung. Das Geschenk der Versöhnung in Christus spornt uns an zum Engagement für:

- die Verkündigung und Vermittlung des Evangeliums an die Völker Europas, daß Gott Christus die Welt mit sich versöhnte. (Kor 5,18);
- die unermüdliche Verfolgung des Ziels der sichtbaren Einheit; wir sollten unsere Spaltungen in diesem Kontext überprüfen und uns fragen, ob sie das Ergebnis der Vielfalt waren, die damals als spaltend empfunden wurde, heute aber als bereichernd gesehen wird;
- die Einleitung eines Prozesses der Vergangenheitsbewältigung im Geist historischer Wahrheit;
- die Förderung der Zusammenarbeit in allen Bereichen einschließlich der Mission und des offenen Dialogs sowie die Vermeidung eines zerstörerischen Wettbewerbsdenkens unter gegenseitiger Achtung der Gewissensfreiheit;
- die Bekräftigung des gleichen Status und der gleichen Rechte von Minderheitskirchen und Völkern;
- die Unterstützung der Versöhnungsarbeit lokaler Verbände, öffentlicher Institutionen und europäischer Körperschaften;
- die Fortführung ernsthafter interreligiöser Dialoge, im Bewußtsein, daß selbst in Europa Einzelne und Kirchen immer noch um ihres Glaubens willen leiden; - die Abhaltung ökumenischer Treffen auf lokaler und regionaler Ebene zur Weiterentwicklung der in Graz gesammelten Erfahrungen;
- jungen Leuten die ökumenische Vision für die Zukunft anzuvertrauen und den konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung fortzuführen.

Die Kirchen verpflichten sich

- zur eindeutigen Erklärung und Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Prozesse:
- zur Zusammenarbeit beim Versuch, alle Formen von Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Kinder, zu ächten;
- zur Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung innerhalb der Kirchen;
- zur Förderung der Stellung und Gleichberechtigung der Frauen in allen Bereichen einschließlich entscheidungstragender Funktionen, unter Einhaltung der je eigenen Identitäten von Männern und Frauen;
- zur Bekräftigung ihres Engagements für soziale Gerechtigkeit und ihrer Solidarität mit den Opfern sozialer Ungerechtigkeiten;

- zur Unterstützung der Umweltpolitik in ihren eigenen Aktionsfeldern;
- zur Bekämpfung wirtschaftlicher Systeme, die sich im Zuge der Globalisierung negativ auswirken.

Aufgrund unseres Engagements für diesen Versöhnungsprozeß fordern wir die politischen Entscheidungsträger und alle Bürgerinnen und Bürger dringend auf:

- die Würde der menschlichen Person und die Heiligkeit des menschlichen Lebens zu schützen;
- den Vorrang der menschlichen Person gegenüber wirtschaftlichen Interessen wieder herzustellen oder aufrechtzuerhalten; d. h. unter anderem Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen, zu bekämpfen;
- sich für die Würde und den Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Migranten und Vertriebenen einzusetzen und das Recht von Flüchtlingen auf Asyl und die freie Wahl ihres Wohnortes aufrechtzuerhalten;
- Abrüstung und die Entwicklung gewaltfreier Wege zu unterstützen und sich umgehend für Verhandlungen zur umfassenden Zerstörung der Atomwaffen gemäß dem Atomwaffensperrvertrag einzusetzen;
- im biblischen Geiste des Jubiläums die nicht rückzahlbaren Schulden der ärmsten Länder mit dem Jahr 2000 zu erlassen und dabei sicherzustellen, daß das einfache Volk der Hauptbegünstigte dieser Maßnahme ist;
- die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den gegenwärtigen Trend zu Umweltzerstörung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Welt umzukehren und nachhaltige Lebensbedingungen für die gesamte Schöpfung zu schaffen.

9. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, daß die ethische Dimension der Gerechtigkeit im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Technik und der Massenmedien eine unverzichtbare Rolle spielt, wodurch Versöhnung im Leben aller Menschen Realität werden kann.

10. Die Versöhnung als Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens ermutigt uns, mit unseren Schwestern und Brüdern, die aufgrund von Vorurteilen hinsichtlich Rasse, Geschlecht, ethnischer Abstammung, Alter und Religion verfolgt und ausgegrenzt werden, beim Aufbau einer wahrhaft humanen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Der Geist der Versöhnung erfordert, daß wir egozentrischem Individualismus mit der Erkenntnis begegnen, daß Unterschiede eine Gabe sind, die uns dabei hilft, die wundervolle Vielfalt Gottes einzigartiger Schöpfung zu entdecken.

11. Als europäische Kirchen und Christen sind wir entschlossen, unsere Solidarität mit den Bedürftigen, den Ausgegrenzten und Ausgestoßenen unserer Welt nachdrücklicher zu bekunden. Jeder Mensch ist ein Bruder oder eine Schwester, für den/die Christus gestorben und auferstanden ist. Jeder Mensch ist nach dem Bild des Dreieinigen Gottes geschaffen.

Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens

Das christliche Zeugnis für die Versöhnung
Basistext

Die Versammlung in Graz - ein Fest der Gemeinschaft

(A1) Aus allen christlichen Kirchen Europas und aus allen Regionen dieses Kontinents sind wir, 700 Delegierte, zusammengekommen. Wir schätzen uns glücklich, Gäste anderer Religionen und Kontinente sowie viele tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Graz gehabt zu haben. "Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens", ist das Thema, das uns zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung zusammengeführt hat. Trotz der vielen bekannten ekklesiologischen Differenzen, die zwischen uns bestehen, und die Spaltungen innerhalb der Christenheit verursacht haben, sind wir uns bewusst, dass uns Jesus Christus in der gemeinsamen Trauer über den Skandal dieser Spaltungen und in unserer gemeinsamen Suche nach Versöhnung vereinigt. In diesem Geist stellen wir in diesem Text bestimmte Beobachtungen und Vorschläge für ein umfassendes Verständnis der notwendigen Versöhnung vor. Das bedeutet nicht, dass wir die Bedeutung der Überwindung bestehender ekklesiologischer Differenzen, deren wir uns durchaus bewusst sind, für eine bessere Zusammenarbeit der Kirchen in Europa, die sich gegenwärtig grundlegenden spirituellen und sozialen Problemen gegenübersehen, übersehen.

(A2) Was kann "Versöhnung" für uns in Europa bedeuten, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass Hunderttausende von Opfern unter uns immer noch an den Folgen zweier furchtbarer Weltkriege und grausamer Konflikte, die nach dem Fall der Berliner Mauer tiefe Wunden in unseren Kontinent gerissen haben, leiden? Mit welcher Autorität wagen wir als Christen gegen Ende dieses Jahrtausends über Versöhnung zu sprechen, wenn wir uns daran erinnern, dass es mit der Spaltung der Kirche in West und Ost begann? Die Antwort auf diese Frage ist ein erneuertes und gemeinsames Bekenntnis des Glaubens und der Hoffnung in Gott "durch Jesus Christus, unsern Herrn, durch den wir jetzt schon die Versöhnung empfangen haben" (Röm 5,11). Doch bevor wir unseren Kirchen und Gemeinden Rechenschaft von unserer Suche nach der Gabe der Versöhnung und den Formen versöhnten Lebens geben, wollen wir zum Ausdruck bringen, wie glücklich wir über diese Versammlung in Graz sind. Wer hätte vor acht Jahren, als in Basel die Erste Europäische Ökumenische Versammlung stattfand, zu hoffen gewagt, dass wir uns in einem so tiefgreifend veränderten Europa wiederbegegnen würden? Wir freuen uns über das Geschenk der Freiheit und der Bewegungsfreiheit; wir begrüßen die neuen Möglichkeiten, uns gegenseitig zu verstehen, einander zu helfen und miteinander zu leben. Während dieser Tage freuen wir uns vor allem darüber, dass wir als das Volk Gottes in unserem Verlangen nach Einheit den Pilgerweg beschreiten.

Der Reichtum unserer Kulturen und Überlieferungen

(A3) Wir freuen uns über den Reichtum unserer unterschiedlichen Kulturen und Überlieferungen. Allmählich gewinnen wir wieder ein lebendigeres Bild von der Weite und Vielfalt dieses Kontinents, obgleich uns die Nachwehen der Ost-West-

Konfrontation, die Europa vier Jahrzehnte lang beherrscht hat, noch zu schaffen machen. Wir waren einander fremd geworden. Aber wir haben in dieser freundlichen und einladenden Stadt Graz ein Fest der Gemeinschaft erlebt und neue Freunde und Freundinnen gefunden. Vor allem aber haben wir erfahren, wie tief unser Glaube uns verbindet.

Gemeinschaft trotz grosser Widersprüche

(A4) Wir wollen die Unterschiede und Gegensätze nicht leugnen, die der Vielfalt, die unseren Kontinent charakterisiert, zu Grunde liegen. In Basel 1989 konnten wir kaum die enormen Umwälzungen, die bald darauf ausbrechen sollten, vorhersehen. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse weiter Teile der Bevölkerung Zentral- und Osteuropas haben radikale Veränderungen erfahren. Obgleich es bedeutende Unterschiede zwischen den Regionen gibt, so scheint es doch einen generellen Trend zu mehr Freiheit und grösseren Perspektiven zu geben. In einer Reihe von ehemals sozialistischen Ländern sind dadurch Probleme entstanden, dass sich das Rechtswesen und dessen Einrichtungen nur langsam entwickelt und als erneuerungsunwillig erwiesen haben. Nichtsdestotrotz stellten die Veränderungen, die schon einige Zeit vor 1989 begonnen haben, für alle europäischen Gesellschaften eine mehr oder minder grosse Herausforderung dar, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln und die Beziehungen zueinander neu zu definieren.

(A5) Die Freude über die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung hier in Graz hat uns in der Überzeugung bestärkt, dass Europa ein offener Kontinent sein muss. Es ist immer wieder deutlich gemacht worden, dass Europa weder aufgrund geographischer, historischer, religiöser noch kultureller Gründe nicht ohne die anderen Kontinente vorgestellt werden kann. Die Vielfalt Europas basiert auf seiner Offenheit, die sowohl seine Stärke als auch seine Verwundbarkeit ist. Darum ist der Friede unabdingbar.

Von der Freude zum Dank: Versöhnung - die Gabe des barmherzigen Gottes

(A6) Die Freude über das Geschenk der Gemeinsamkeit öffnet unsere Herzen zum Dank an Gott, Vater unseres Heilands Jesu Christi, Schöpfer der Welt und Herr der Geschichte. Wir können von Versöhnung nur sprechen, weil wir sie im Leben unserer Kirchen als die Gabe des Gottes erfahren haben, den die Bibel als "barmherzig, gnädig und geduldig" bezeugt (vgl. 2. Mose 34,6; Ps 103,8; 145,8; 111,4; Joel 2,13; Jona 4,2; Lk 1,50; 2. Kor 1,3). Die Heilige Schrift redet zwar auch vom Zorn und der Eifersucht Gottes, doch tut sie das immer vor dem Hintergrund der Liebe und Barmherzigkeit Gottes. Darin stimmen Juden, Christen und Muslime überein. Hier erkennen wir eine tiefe Verwandtschaft, die sich als Grundlage gemeinsamen Handelns anbietet, nachdem sie von einer langen und bitteren Geschichte der Verfolgungen und Glaubenskriege verdeckt worden ist.

In der Liebe Gottes besteht die Schöpfung

(A7) "Wir sind geliebt, noch bevor die Welt begann", sagte die englische Mystikerin Juliane von Norwich (14. Jh.). Sie bezeugt damit, dass der Urgrund der Schöpfung die Liebe Gottes ist. Diese Liebe trägt und erhält das Leben der Welt von einem Moment zum anderen. In den Klagegedichten Jeremias lesen wir: "Die Huld des Herrn ist nicht erschöpft, sein Erbarmen ist nicht zu Ende. Neu ist es an jedem Morgen;

gross ist deine Treue" (Klgl 3,22-23). Im Buch Sirach heisst es: "Das Erbarmen des Herrn [gilt] allen Menschen" (Sir18,13). Diese Einsicht zeigt, dass Gottes Liebe den gesamten Kosmos umschliesst. Im Licht der unerschütterlichen Liebe Gottes erkennen wir dankbar die Integrität der Schöpfung, die Würde und Schönheit der Welt, obgleich wir auch wissen, wieviel Schmerz und Sinnlosigkeit in ihr Eingang gefunden haben.

Jesus Christus ist Gottes Liebe in Person

(A8) Wir danken Gott, dass uns in Jesus Christus ein klares Bild seiner Liebe gegeben ist. In einem Akt der Selbstentäusserung ist der Sohn Gottes Mensch geworden und war gehorsam bis zum Tode, sogar bis zum Tode am Kreuz (vgl. Phil 2,5-11). Seine Auferstehung weist auf die Erfüllung aller Prophezeiungen hin. Paulus sagt: "Ja, Gott war es, der in Christus die Welt mit sich versöhnt hat, indem er den Menschen ihre Verfehlungen nicht anrechnete und uns das Wort von der Versöhnung anvertraute" (2. Kor 5,19). Gemäss dem Zeugnis, das der Apostel gegeben hat, beginnt Gott eine neue Schöpfung, indem er Christus von den Toten auferweckt hat. Wir sind aufgerufen, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, der ewige Schuld und Bestrafung, Zorn und Rache nach sich zieht. Wir können und müssen uns aus den Ketten der Schuld und der zerbrochenen Beziehungen befreien und Gottes Frieden suchen. Wir Christen waren wiederholt unwürdige Verkünder und Verkünderinnen der Versöhnung. Unser Leben und unsere Taten sind oft unversöhnt und nicht in Gottes Gnade gegründet, die uns in Jesus Christus offenbart wurde. Wir wollen uns daher in Graz den Ruf des Apostels Paulus zu Herzen nehmen: "Lasst euch mit Gott versöhnen" (2. Kor 5,20).

Gottes Geist wirkt unter uns als Kraft der Versöhnung

(A9) Wir danken Gott, weil die Erneuerung der Versöhnung in der Welt am Werke ist. Es ist die Gabe des Heiligen Geistes, an Pfingsten geschenkt, in der wir die fortwährende Gegenwart des auferstandenen Christus in der Geschichte erfahren (vgl. Mt 18,20; 28,20). Wir nennen den Geist heilig, nicht nur weil er aus Gott kommt, sondern auch weil er die Macht hat, unser Leben zu heiligen, das heisst von Grund auf zu verändern und neue Verhältnisse zu schaffen. Das bringt das griechische Wort für Versöhnung, nämlich "katallagé" (buchstäblich eine totale Veränderung, eine neue Schöpfung, vgl. 2. Kor 5,17), zum Ausdruck. Obgleich wir die Schrammen unseres Mangels an Versöhnung tragen, glauben wir, dass diese versöhnende Kraft auch heute noch in uns wirkt. Sie zeigt sich bereits in unserer Sehnsucht nach Versöhnung (vgl. Röm 8,26f) und macht uns bereit, unser Denken und unser Verhalten umformen zu lassen.

Die Trinität - die alles umfassende Bewegung der Liebe

(A10) Als Zeugen des Mysteriums der Liebe Gottes bekennen Christen ihren Glauben an Gott den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist. So drücken sie die Erfahrung aus, dass in der Person Jesu und in seiner Bereitschaft, sein Leben für uns alle aufzugeben, die Liebe Gottes des Vaters offenbart ist. Durch den Tod und die Auferstehung Jesu ist uns die Gabe des Heiligen Geistes gegeben, durch den wir an der dynamischen Liebe der Heiligen Trinität teilnehmen. Dieser eine und alles umfassende Akt der Liebe Gottes schliesst die gesamte Schöpfung ein und vermag in die Herzen jedes Menschen einzudringen und sie zu verwandeln, und uns den

Ursprung, das Beispiel und das Ziel unserer Existenz zu offenbaren im Sinne Jesu Gebet an den Vater: "Alle sollen eins sein: Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir, sollen auch sie in uns sein" (Joh 17,21).

Gottes Güte leitet uns zur Busse

(A11) Im Licht der Barmherzigkeit Gottes erkennen wir sowohl unsere persönliche als auch unsere gemeinschaftliche Sünde. Wir hören die Frage des Apostels Paulus: "Verachtetest du etwa den Reichtum seiner Güte, Geduld und Langmut? Weisst du nicht, dass Gottes Güte dich zur Umkehr treibt?" (Röm 2,4) Wir lesen Jesu Gleichnis über den argen Knecht, der seinen Mitknecht wegen hundert Denaren ins Gefängnis bringt, obgleich ihm der König eine Schuld von zehntausend Talenten, also 50 Millionen Denaren, erlassen hat (vgl. Mt 18,23-35). Gerade weil wir nicht hoch genug von Gottes Güte denken können, stellen wir fest, wie unwürdig wir sind, sie zu empfangen. So führt uns der Dank für Gottes Grossmütigkeit und Geduld dazu, aufrichtig über unsere Schuld, unsere Verfehlungen und Sünden zu sprechen.

(A12) Wir sind uns darüber bewusst, dass Schuld und Leiden unter uns sehr ungleich verteilt sind. Deshalb wollen wir uns nicht an einer Verallgemeinerung des Rituals der Selbsterniedrigung beteiligen. Wir haben allen Grund, für alle Frauen und Männer in Vergangenheit und Gegenwart dankbar zu sein, die treue und gehorsame Botschafter und Botschafterinnen der Versöhnung Gottes waren, oftmals bis zur Aufgabe ihres Lebens für Christus. Da wir aber in Dankbarkeit für Gottes unermessliche Güte vor Gott treten, erkennen wir unsere Gebrochenheit und Sündhaftigkeit in den Augen Gottes ("coram Deo"). So wie die Baseler Versammlung ein ausführliches Sündenbekenntnis und die Betonung der Konversion zu Gott ("metanoia", vgl. Abschnitt 41ff) angenommen hat, so sind wir hier in Graz aufgerufen, uns unsere Mängel und Verfehlungen im Lichte des Rufes Gottes zur Versöhnung zu stellen. Nur wenn wir bereit sind, unsere Fehler und Unterlassungen beim Namen zu nennen, und nur wenn wir unsere Schmerzen über erlittenes Unrecht eingestehen, können wir hoffen, uns gegenseitig von diesen Lasten zu befreien und neue Wege in die Zukunft zu finden. Die Versöhnung, die von Gott kommt, führt uns durch das enge Tor der Busse in das weite Tal versöhnten Lebens.

(A13) Die Art und Weise, wie wir hier in Graz im Kontext der Versöhnung über Sünde sprechen, ist nicht nur und auch nicht in erster Linie an dem falschen Verhalten von Einzelnen oder Gemeinschaften ausgerichtet. Wir möchten vielmehr die Dimension des Bösen ansprechen, die tief in unsere Erinnerung als christliche Gemeinschaften in Europa eingebrannt ist, und die uns bis zu diesem Tage verfolgt.

Kirchenspaltungen

(A14) Wir bekennen gemeinsam vor Gott, dass wir die Einheit, für die Christus gebetet hat (vgl. Joh 17,20f), verdunkelt haben. Wir haben der Welt das unwürdige Schauspiel einer gespaltenen Christenheit geliefert. Das ist die verhängnisvolle Konsequenz der Tatsache, dass im Laufe der Geschichte unterschiedliche Schlussfolgerungen für das Leben unserer Kirchen gezogen wurden. Dies führte oft zu gegenseitigen Anklagen, Verurteilungen und Verfolgungen. So wurde die Glaubwürdigkeit unseres gemeinsamen christlichen Zeugnisses geschwächt.

Christen und Juden

(A15) Wir haben eine lange Geschichte der Schuld gegenüber dem jüdischen Volk. Obwohl Jesus aus dem jüdischen Volk kam, nach dem Fleisch, und obwohl unser Glaube ohne den Glauben des Bundesvolkes undenkbar ist, wird unsere Kultur bis heute von tiefen Spuren des Antisemitismus bestimmt. Durch die Jahrhunderte wurden die Juden in vielen Teilen Europas verfolgt. Christinnen und Christen haben dazu beigetragen, weil sie missverstanden oder geleugnet haben, dass Gott seinen Versprechungen treu bleibt. Beispiele dafür reichen bis in die frühchristliche Zeit zurück und tauchen in den Verfolgungen des Mittelalters auf. Besonders in unserem Jahrhundert war Europa Zeuge der unglaublichen Tragödie der Shoah. In Dankbarkeit erinnern wir uns derjenigen, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens Juden vor dem Tod bewahrt haben. Trotzdem flammt Antisemitismus immer wieder auf.

Männer und Frauen

(A16) Wir bekennen vor Gott, dass in unseren Kirchen und in unseren Gesellschaften immer noch eine unwürdige Einstellung zu Frauen besteht. Gott erschuf Mann und Frau nach seinem eigenen Bildnis. Jesus Christus, der menschengewordene Gott, sah Mann und Frau als gleich an und betonte, wie in Galater 3,28 dargestellt, nicht ihre Unterschiede, sondern ihre Einheit. Trotzdem gibt es einen tief verwurzelten, manchmal durch Zitate aus Schrift und Tradition unterstützten, Glauben, dass Frauen ein weniger vollständiges Abbild Gottes seien als Männer, und daher ihre gesamte Existenz und Rolle weniger wertvoll und weniger zu respektieren sei. Deshalb wurden den Frauen in Familie, Kirche und Gesellschaft eine den Männern untergeordnete Rolle zugewiesen. Dies spiegelt sich zum Beispiel darin wider, dass es immer noch nicht genug Freiraum für Frauen gibt, den Reichtum ihrer Gaben und Berufungen in den Diensten (vgl. 1. Kor 12,4-13) und Entscheidungsgremien unserer Kirchen auszudrücken. Die physische Gewalt von Männern gegenüber Frauen erstreckt sich von der systematischen ökonomischen und politischen Diskriminierung bis hin zu alltäglichen Formen häuslicher Unterdrückung. Wenn die Bedeutung der Taufe als Eingliederung aller getauften Christen in den einen Leib Christi ernst genommen wird, so müssen alle Formen der Gewalt gegen Frauen wie gegen jedes menschliche Wesen als Wunden am Leib Christi beschrieben werden.

Bruch zwischen den Generationen

(A17) Wir bekennen vor Gott, dass wir als christliche Kirchen zum Bruch zwischen den Generationen beigetragen haben. Wie die Gesellschaft, so wird auch die Kirche von allen Generationen - Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und alten Menschen - gemeinsam getragen. Jedoch sind Entscheidungsprozesse und Entscheidungsstrukturen nur auf bestimmte Generationen beschränkt, obwohl die Entscheidungen alle Generationen betreffen. Dies steht im Widerspruch zum dynamischen Bild der Kirche als wanderndes Gottesvolk, in dem alle Getauften entsprechend ihren Charismen Verantwortung tragen. Dadurch verlieren die Kirchen besonders bei den jüngeren Generationen an Glaubwürdigkeit.

Überlegenheitswahn europäischer Völker

(A18) Viele unserer Kirchen haben sich massgeblich an der Entwicklung eines europäischen Überlegenheitsgefühls beteiligt, mit dessen Hilfe die Beherrschung der Völker der Erde gerechtfertigt wurde. Unsere Kirchen haben zumeist nicht Einsicht und Kraft genug gehabt, die Zerstörung fremder Kulturen aufzuhalten, Völkermorden Einhalt zu gebieten oder den Sklavenhandel zu bekämpfen. Wir haben oft Königreichen und Machtstrukturen religiöse Legitimation gegeben. Bis heute äussert sich diese Art des europäischen Überlegenheitsgefühls darin, dass wir ein Recht auf die Reichtümer und Märkte anderer Kontinente zu haben glauben, und dabei ihre akuten Probleme aber ignorieren und ihre notleidenden Menschen abweisen. Das ist ein Verrat an Gott, der alle Menschen unbeschadet ihrer rassistischen, religiösen und kulturellen Prägungen liebt. Deshalb können wir nicht schweigend zusehen. Während wir uns hier versammeln, leiden in vielen Teilen der Welt Tausende von Mitchristen unter Verfolgung und Not. Wir können nicht in Gleichgültigkeit verharren gegenüber der Tatsache, dass europäische Regierungen politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Ländern, in denen Christen leiden, weiterhin aufrecht erhalten.

Missbrauch der Schöpfung

(A19) Wir haben dem göttlichen Gebot, allen Kreaturen mit Achtung zu begegnen und für deren Bewahrung zu arbeiten, nicht entsprochen. Wir haben die biblische Anweisung, uns die Erde untertan zu machen, als Rat sie zu unterwerfen und zu beherrschen missverstanden, als eine Lizenz, den Reichtum der Schöpfung willkürlich und selbstsüchtig auszubeuten, wo es sich doch um einen Aufruf zur Haushalterschaft handelt. Bis heute und gegen unser besseres Wissen verharren wir in unseren gewohnten Verhaltensmustern und bequemen Konsumgewohnheiten.

Busse verdeckt nicht die Unterschiede zwischen uns

(A20) Im Spiegel der Güte Gottes erkennen wir nicht nur, dass wir gemeinsam in Gottes Schuld stehen und seiner Vergebung bedürfen, sondern auch, was wir einander und der Welt schuldig geblieben sind. Doch führt diese Schärfung unseres Gewissens nun auch dazu, die unterschiedlichen Abstufungen von Schuld und Leid unter uns zu benennen. Frauen hatten und haben mehr zu leiden als Männer. Kinder haben mehr gelitten als Erwachsene. Kleinere Völker waren und sind der Aggressivität mächtigerer Völker oft schutzlos ausgeliefert. Das Recht von Minderheiten wurde und wird mit Füßen getreten. Das gilt zum Beispiel für die Sinti und Roma, deren bittere Geschichte von Verachtung und Verfolgung überall in Europa eine beschämende Wirklichkeit ist. Es gilt auch für die Menschen, die aus Afrika, Asien, Lateinamerika oder der Karibik stammen und immer wieder Opfer von Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit werden. Wir wollen die tiefen Unterschiede zwischen Tätern und Opfern nicht verwischen. Wir sagen nicht, dass wir alle in gleicher Weise schuldig sind oder gelitten haben. So ist es denen unter uns, die aus den westlichen Ländern Europas kommen, ein Anliegen, ausdrücklich auszusprechen, dass viele von uns während dieser Zeit über die Leiden von Christinnen und Christen hinweggesehen haben, die in den Ländern unter kommunistischer Vorherrschaft leben mussten. Wir reden nicht von Vergessen. Es geht um mehr als den blossen Respekt unserer Erinnerungen. Wir verstehen Versöhnung zwischen uns als den immer wieder neuen Versuch, Verbitterung und

Verdrängung in unseren Erinnerungen zu vergegenwärtigen und sie dadurch einer Heilung zuzuführen.

Versöhnung ist kein Ersatz für Gerechtigkeit und Wahrheit

(A21) Wir bestätigen ausdrücklich, dass die Suche nach Gerechtigkeit und Wahrheit durch die Botschaft von der Versöhnung nicht ausser Kraft gesetzt wird. Leider ist das Wort "Versöhnung" für viele Menschen zu einer billigen Vokabel geworden, weil es oft dazu benutzt worden ist, Schuld zu verharmlosen und den Mantel falscher Nachsicht über Geschehnisse zu breiten, die kritischer Offenlegung bedurft hätten. Wer Unrecht leidet, muss sich auf ein Rechtswesen verlassen können, das von unbestechlichen Richterinnen und Richtern vertreten wird und faire Verfahren garantiert, damit die Würde des Geschädigten wieder hergestellt und der erlittene Schaden ausgeglichen werden kann. Wer das Recht bricht, muss auf Bestrafung gefasst sein. Es gibt für den Täter von Unrecht keinen Anspruch auf Versöhnung, genauso wenig wie von den Geschädigten eine gleichsam automatische Vergebungsbereitschaft erwartet werden darf.

Gnade geht weiter als Gerechtigkeit

(A22) Trotzdem halten wir fest, dass die Barmherzigkeit Gottes das Recht, das Menschen zu bilden und zu pflegen haben, umfassen und tragen muss. Nur so lässt sich vor der Gefahr schützen, dass Gesetze als Instrument von Machtkämpfen oder für egoistische Interessen missbraucht werden. Die Versöhnung Gottes reicht weiter als alle Sühne, Genugtuung und Berichtigung, die unsere Rechtsordnungen herbeiführen können, denn sie vermag, unser verwundetes Leben zu heilen und unsere Würde wieder aufzurichten. Wo wir von der Macht dieser Versöhnung berührt sind, können wir darauf verzichten, unsere Leiden aufzurechnen und zu vergleichen, so wie wir auch aufhören können, unsere Schuld zu leugnen und zu verdrängen. Als die von Gott ohne Mass und Ende Begnadigten erfahren wir, dass Gnade vor Recht geht.

In der Schule des Erbarmens

(A23) "Seid barmherzig, wie es auch euer Vater ist!" heisst es bei Lukas (6,36). Einer der vielen, oft unbekanntten Zeugen dieser Botschaft war der heilige Isaak der Syrer (7. Jh.). Er schlug vor, dass unser Leben als Christinnen und Christen einem Eintritt in die "Schule des Erbarmens" gleichkomme. Er war davon durchdrungen, dass der Geist des barmherzigen Gottes in uns ein "barmherziges Herz" schaffen wolle. "Was ist nun ein barmherziges Herz? Es ist das Herz, welches sich um der ganzen Schöpfung willen verzehrt, für die Menschheit, die Vögel, die Tiere, die Dämonen und für jedes Geschöpf... Durch sein grosses Erbarmen wird sein Herz demütig, und er kann es nicht vertragen, irgendeine Verletzung oder den kleinsten Kummer in der Schöpfung zu hören oder zu sehen" (71. Homilie). Wir entdecken in diesen Worten eine Spiritualität des "Mit-Leidens" mit Gottes Schöpfung, die an die radikale Demut und Armut vieler christlicher Reformbewegungen erinnert, vor allem an die des Heiligen Franziskus von Assisi. Dieses "Mit-Leiden" ist sehr viel mehr als Mitgefühl oder Mitleid. Ihre Grundlage ist das unbestechliche Wissen um das Leid der Opfer. Darum sucht sie nach Möglichkeiten, jene wieder aufzurichten, die erniedrigt wurden und fordert die, die Unrecht tun, auf, ihre ungerechtfertigte Machtausübung aufzugeben. Wiederherstellung und Korrektur, das Aufgeben und der Verzicht bilden

die Grundlage für eine Praxis der Versöhnung. Diese findet ihren vollen Ausdruck in dem Gebot Jesu: "Wie ich euch geliebt habe, so sollt auch ihr einander lieben. Daran werden alle erkennen, dass ihr meine Jünger seid: wenn ihr einander liebt" (Joh 13,34-35). Diese tief empfundene und gegenseitige Liebe zu leben, ist nötig und möglich.

Der Strom der Liebe zwischen den Generationen

(A24) Die "Schule des Erbarmens" gibt es auch in unserer Zeit und an vielen Orten. Sie findet ihren ersten Niederschlag in der Familie. Viele Frauen und Männer, Grosseltern, Eltern und Kinder, Verwandte, Freundinnen und Freunde geben davon tägliches Zeugnis in der Wirklichkeit einer unerwarteten und unauffälligen Barmherzigkeit. Durch die Generationen fliesst ein Strom der Liebe. Er bewährt sich ohne grosse Worte, wo Zerwürfnisse bereinigt werden, wo Böses mit Gutem vergolten wird und Menschen versuchen, ihre Gegner mit Freundlichkeit und Liebe für sich zu gewinnen (vgl. Mt 5,44). Gerade weil wir wissen, wie tief die Konflikte zwischen den Generationen reichen und wie verbreitet die Gewalt zwischen den Generationen ist, bekräftigen wir, wie wichtig die Aufgabe der Versöhnung zwischen den Geschlechtern und Generationen ist. Die Bestätigung der Würde unserer älteren und jüngeren Mitmenschen, der Schutz der Schwachen und die Sicherung des Rechts auf Leben der Kinder, einschliesslich der Ungeborenen, sind der Gradmesser für die Menschlichkeit unserer Gesellschaften. Es ist eine grosse Herausforderung für die Kirchen, die Würde und Heiligkeit allen Lebens zu bestätigen.

Versöhnte sind Gehilfen der Freude

(A25) In der "Schule des Erbarmens" ist die sichtbare Einheit ("Koinonia") der Kirchen eines der zu verfolgenden Hauptthemen. Der Apostel ermahnt die Christen von Ephesus: "... ertragt einander in Liebe, und bemüht euch, die Einheit des Geistes zu wahren durch den Frieden, der euch zusammenhält" (Eph 4,2f). Wir haben allen Grund, für die Art und Weise, wie wir einander näher gekommen sind, dankbar zu sein. Wir beziehen uns zum Beispiel auf die 5. Europäische Ökumenische Begegnung von KEK und CCEE (Santiago de Compostela, 1992) sowie auf die Vereinbarungen von Leuenberg, Meissen und Porvoo. Zur gleichen Zeit müssen wir feststellen, dass es neue Schwierigkeiten und komplexe Situationen gibt, die uns herausfordern, neue Initiativen zu ergreifen. Wie die Generationen vor uns sind wir aufgerufen, nach der von Christus gestifteten sichtbaren Einheit, zu streben. Wir schulden der Welt, das Wort von der Versöhnung in und unter unseren Kirchen zu bewahren. Dazu gehört, aufrichtig zu benennen, was uns noch trennt, um Vorbehalte und Misstrauen zu überwinden. Dazu gehört auch, alles gemeinsam zu tun, was wir mit gutem Gewissen gemeinsam tun können. Das ist mehr, als wir gemeinhin denken. Frauen haben eine spezielle Gabe bei der Entwicklung einer Spiritualität des Teilens, der Anwaltschaft und des Feierns bewiesen. Der Apostel Paulus hält fest: "Wir wollen ja nicht Herren über euren Glauben sein, sondern wir sind Helfer zu eurer Freude; denn im Glauben seid ihr fest verwurzelt" (2. Kor 1,24). Dies umfasst Gebet und Fürbitte, den Dienst in der Nachbarschaft und den Städten, gemeinsame Erziehungs- und Ausbildungsprogramme, diakonische Projekte und gemeinsame Missionsprogramme. Wir erachten es als ebenso wichtig, dass Mehrheitskirchen die Anliegen von Minderheitskirchen in ihren jeweiligen Ländern respektieren und unterstützen.

Versöhnte Partnerschaft und der Dialog mit anderen Religionen und Kulturen

(A26) Wir versuchen zu beherzigen, dass Gott "keinem von uns ... fern" ist, wie der Apostel Paulus den Athenern bezeugte (Apg 17,27). Loyalität zu unserem Glauben sollte mit der Achtung vor den Einsichten Andersglaubender einhergehen. Es ist eine dringende Aufgabe der Kirchen, die Beziehung zwischen Evangelium und Kultur zu reflektieren. Es ist ebenso wichtig, unsere Missionspraktiken zu überdenken. Wie wichtig diese Einstellung ist, wird uns deutlich bewusst, wenn wir uns an die Religionskriege erinnern, die eine blutige Spur durch die Geschichte unseres Kontinents gezogen haben. Bis heute stehen religiöse Gegensätze in der Gefahr, für politische Konflikte instrumentalisiert zu werden. Darum fällt uns in den Kirchen die Verantwortung zu, entschlossen und aktiv für die Auflösung ererbter Feindbilder und die Schaffung dauerhafter Bündnissysteme einzutreten. Wir dürfen nicht zulassen, dass unterschiedliche Glaubensüberzeugungen benutzt werden, um kriegerische Konflikte zu rechtfertigen. Das bedeutet für uns auch, Missverständnisse und Rivalitäten im Blick auf andere Religionen abzubauen. Gegen alle Vorboten eines unausweichlichen "Kampfes der Kulturen" wollen wir Toleranz und Zusammenarbeit fördern. Eine besonders dringliche Aufgabe sehen wir in bezug auf den Islam, nicht nur weil heute an die 30 Millionen muslimische Gläubige in Europa leben, sondern weil zwischen dem Christentum und dem Islam eine lange und bittere Geschichte der Verunglimpfungen und Feindschaften besteht, die im Geiste versöhnter Nachbarschaft überwunden werden muss. Jungen Menschen muss eine bedeutende Rolle im gegenwärtigen interreligiösen und interkulturellen Dialog zukommen. Der Prozess der Globalisierung, steigende Mobilität und effektivere Kommunikationsmöglichkeiten haben geholfen, neue Möglichkeiten für einen solchen Dialog und eine neue Offenheit und Toleranz gegenüber der Vielfalt zu erschliessen.

Schutz der Schwachen - Wirtschaft im Zeichen von Barmherzigkeit

(A27) Europa ist im Grunde ein reicher Kontinent, nicht nur hinsichtlich der natürlichen Ressourcen, sondern auch hinsichtlich der Tradition menschlicher Initiativen und Kreativität. Trotzdem wachsen die Heere der Frauen und Männer, die arbeitslos, Sozialhilfeempfänger, obdachlos und notleidend sind. Die politische Freiheit und die Stärkung der Demokratie, die seit 1989 in unseren Ländern so ermutigende Fortschritte gemacht haben, erhöhten noch weiter die Vielfalt der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Darunter leiden vor allem alte Menschen, Grossfamilien, alleinerziehende Mütter und junge Menschen. Behinderte werden noch stärker als bisher ausgegrenzt, obgleich einige Länder deren Versuche zur Selbstverwirklichung verbessert haben. Asylsuchende werden in ganz Europa immer häufiger abgewiesen, während rassistische Übergriffe zunehmen.

(A28) Im Spiegel der Barmherzigkeit Gottes erscheint unsere von engen Geldinteressen und forciertem Profitgier geprägte Wettbewerbsgesellschaft als zutiefst rücksichtslos und unbarmherzig. Wir treten in den Kirchen für die Entwicklung ökonomischer Systeme ein, die auf den Schutz der Schwachen in allen Teilen der Welt abzielen und auf die inhärenten Werte aller Menschen gerichtet sind. Wir suchen nach Systemen, die Kreativität nicht nur für den Profit, sondern auch für die Solidarität und die Lösung sozialer Probleme durch eine Partnerschaft zwischen dem Staat und persönlichen und gemeinschaftlichen Initiativen fördern. Es ist schädlich und sinnlos, aus Europa eine Festung zu machen, die sich gegen die Nöte anderer Kontinente abzuschotten sucht. Ebenso erfordert es das Lebensrecht der

kommenden Generationen, dass wir, die heute Lebenden, die Kosten unserer Art zu wirtschaften nicht länger auf die Zukunft abwälzen. Die Konsequenz von Versöhnung besteht eben auch im Verzicht auf exzessiven Gewinn und unverhältnismässigen Konsum. Es ist unsere Aufgabe, Kriterien für soziale, wirtschaftliche und politische Lösungen zu entwickeln, die es uns ermöglichen, sie hinsichtlich menschlicher Würde, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität zu bewerten.

Versöhnung und Friedenspolitik

(A29) Die Politik ist eine wichtige Arena der Versöhnung. Wir treten für die Entwicklung von Sicherheitskonzepten ein, die ganz Europa umfassen, und die vermeiden, dass Europa für andere Teile der Welt zur Bedrohung wird. Die Entwicklung gemeinsamer demokratischer Institutionen und die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit von ganz Europa stärkt die Stabilität und vermindert die Konfliktgefahr. Auf der anderen Seite, wenn Teile Europas in einem Sicherheitsvakuum gelassen werden, könnten die Gelegenheiten einer politischen Manipulation alter Spannungen zunehmen. Die Europäischen Institutionen sollten als Instrumente der Versöhnung und für die Schaffung eines Europas ohne trennende Grenzen dienen, wo Sicherheit durch Zusammenarbeit und nicht durch Abschreckung gesucht wird. Wir bekräftigen die Aussage von Basel, wonach es "in unseren Ländern oder auf unserem Kontinent ... keine Situation [gibt], die einen Einsatz von Gewalt verlangen oder rechtfertigen würde" (Nr. 61). Wir lassen uns nicht in der Überzeugung beirren, dass Völkerversöhnung möglich ist, auch wenn dieses Wort oft missbraucht wurde. Deshalb befürworten wir die Entwicklung und Förderung von freiwilligen Diensten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Versöhnung im Haushalt des Lebens

(A30) Wir sind (zufällig) die erste Generation in der langen Geschichte der Menschheit, denen es vergönnt ist, diese Erde von aussen zu sehen. Wir nehmen sie als den "blauen Planeten" wahr, umgeben von dünnen Luft- und Gasschichten, wie verloren in der ungeheuren Weite des Universums. Umso grösser ist unser Staunen darüber, dass diese Erde solch eine unermessliche Vielfalt von Lebewesen beherbergt. Wir beginnen zu lernen, dass dieser Planet klein, endlich und verletzlich ist, während wir gewohnt waren, ihn für "eine grenzenlose Welt" zu halten. Darum nahmen wir uns auch die Freiheit, die Güter der Erde ohne Rücksicht auf ihren Eigenwert und ohne Beachtung ihrer Begrenztheit auszubeuten. Jetzt wird uns bewusst, dass wir dabei sind, die Grenzen ihrer Belastbarkeit zu überschreiten und damit den Haushalt aller Kreaturen, der auch unser eigenes Heim ist, zu verwüsten. Versöhnung mit der Natur heisst darum unter anderem für uns, die Integrität der klimatischen Bedingungen und der ökologischen Systeme zu bewahren und das Recht aller Lebewesen auf die Unverletzlichkeit ihrer genetischen Eigenart zu achten.

Versöhnung und weltweiter Lastenausgleich

(A31) Die Geschichte Europas und auch unserer Kirchen ist auf vielfältige Weise mit der anderer Kontinente verzahnt. Das Zeitalter des Kolonialismus wich einer neuen Ära, in der Grossmächte ihre Machtansprüche durchsetzen. Europa bleibt zwar eine bedeutende globale Macht und die gegenwärtigen Pläne, die Europäische Union zu

stärken und zu erweitern, müssen von der Erkenntnis der globalen Verantwortung geprägt sein. In dem sogenannten "globalen Dorf" wird es jedoch immer schwieriger, dass nur der Staat das zur Verfügung stellt, was die Menschen für ein gutes Leben erwarten. Mit der zunehmenden Globalisierung aber besteht die sehr realistische Gefahr, dass Menschen dem Markt und den Wirtschaftsmächten untergeordnet werden. Als gläubige Menschen können wir nicht akzeptieren, dass Reichtum in den Händen einiger weniger Privilegierter konzentriert wird. Globale Möglichkeiten müssen mit globalen Regeln und globale Vermarktung mit einem globalen Netz der Solidarität einhergehen. Die Erde ist unser kostbares aber verwundbares Zuhause. Wir müssen unsere Schulden gegenüber der Umwelt sorgfältig überwachen und die Verteilung der Finanzschuld unter den Völkern der Erde neu bewerten, weil der Erlass von Schulden eine wichtige Voraussetzung ist. Wahre Versöhnung ruft uns auch dazu auf, die Verträglichkeit gegenwärtiger Management-, Produktions- und Konsumpraktiken zu überprüfen. Unsere Bereitschaft, auf unfaire Vorteile zu verzichten, ist eine lebenswichtige Voraussetzung für eine gerechtere Verteilung und die Bewahrung der natürlichen Ressourcen der Erde.

Versöhnung - Annahme unserer Endlichkeit

(A32) Es geht bei Versöhnung nicht nur um ethische Herausforderungen. Der Gedanke des Loslassens und Verzichtens zielt auf Kernfragen menschlicher Existenz. Wir erkennen hinter den Versuchen, möglichst alles zu haben, zu besitzen, zu kontrollieren und zu verteidigen, auch das wahnhaft Bemühen, die Nähe des Todes zu leugnen oder doch wenigstens die Risiken des Lebens abzusichern und soweit als irgend möglich zu beherrschen. Sobald wir uns hingegen mit unserer Endlichkeit anfreunden, werden wir aufgeschlossen für die Möglichkeiten, die wir als Mitmenschen und Mitgeschöpfe in einer endlichen Welt haben. Indem wir lernen "unsere Tage ... [zu] zählen" (Ps 90,12), kommen wir dem Mass des Menschlichen näher und damit auch dem Mass des Verträglich für alle Geschöpfe. Wenn wir von einer "Schule des Erbarmens" sprechen, meinen wir keine beschaulichen Enklaven, sondern eine Bewegung des Widerstands gegen die verbreitete Tendenz, die Menschen in "Gewinner" und "Verlierer" aufzuteilen und ihren Wert danach zu bemessen. Wir wissen, um die Endlichkeit des menschlichen Lebens, und doch glauben wir daran, dass wir auf einen neuen Himmel und eine neue Erde hoffen dürfen. Der Horizont der Erwartung des Reiches Gottes wandert mit uns und hilft uns, unser Mass als sterbliche Menschen zu finden und alle Versuchungen der Allmacht und Überheblichkeit zu bekämpfen. Das Magnifikat der Mutter Jesu erinnert uns daran, dass Gott die Gewaltigen von ihren Thronen stösst und die Niedrigen erhebt (vgl. Lk 1,52).

Die Versöhnung feiern

(A33) Versöhnung nimmt unser ganzes Leben in Anspruch, aber sie ist mehr als Arbeit und alles andere als Zwang. Sie bleibt eine Energiequelle, die uns von Gott her erreicht und erhält. Deshalb verstehen viele unserer Kirchen Busse und Versöhnung als ein Sakrament, als eine Tiefendimension unseres Daseins, die uns in der Hektik des Alltags leicht aus den Augen gerät. Diese sakramentale Dimension ist in unseren Kirchen in verschiedener Weise zum Ausdruck gekommen. Doch ist es wichtig zu wissen, wieviel uns gemeinsam ist. Wir bestehen darauf, dass der Sonntag mehr als ein freier Tag ist, und versuchen, ihn durch unsere Gottesdienste zu heiligen. Damit bezeugen wir auch, dass wir Menschen nicht über die Zeit

verfügen, sondern unseren Platz in der Zeit finden müssen. Jede Taufe ist ein Hinweis auf die einzigartige Würde, die allen Menschen zukommt. Im Wasser der Taufe erkennen wir die Gegenwart des Geistes, der die Quelle allen Lebens ist und uns zu einem Teil des Leibes Christi werden lässt. In der Eucharistie feiern wir letztlich unsere Teilhabe am Werk des Versöhners, der sein Leben gab, damit wir unserer ganzheitlichen Bestimmung gemäss leben können und durch seine Wunden geheilt werden (vgl. Jes 53,5). Weil er uns mit sich selbst und untereinander versöhnt hat, sind wir verpflichtet, alle notwendigen Schritte zu einer gemeinsamen Feier der Eucharistie zu unternehmen.

Erlassjahr im Geist der Versöhnung

(34) Die Herausforderungen und Aufforderungen für die Familie der Christen in Europa werden bei der kommenden Feier zur zweiten Jahrtausendwende nach der Geburt Christi, unseres Herrn und Heilandes, wie in einem Brennglas deutlich. Das "Gnadenjahr des Herrn" ist ein entscheidender Moment in unserer Geschichte, an dem wir in unserer Unzulänglichkeit durch den Geist, der uns zu Jüngerinnen und Jüngern Christi macht, erneuert werden. Der Geist sendet uns aus, die "gute Nachricht" zu verkünden. Unser christlicher Glaube verlangt, dass wir uns für die Freiheit und Würde aller Menschen einsetzen. In unserem Hunger für Gerechtigkeit erheben wir unsere Stimme für die Armen, und insbesondere für solche Länder, deren Zukunft durch die lähmenden Auslandsschulden und unsere habsüchtige Ausbeutung ihrer nicht erneuerbaren Ressourcen, gefährdet ist. Der Geist ruft uns auf, umzukehren und uns erneuern zulassen als Menschen, die mit Gott und untereinander versöhnt sind. Der Geist drängt uns unaufhörlich für die Aufhebung der tragischen Spaltungen, die den Körper Christi verwunden, zu beten und zu arbeiten. Der Geist geleitet uns in das dritte Jahrtausend und erinnert uns an Jesu Verheissung, immer bei uns zu sein. Der Geist erfüllt uns mit dem Vertrauen, dem Mut und der Erkenntnis, dass uns selbst die Botschaft der Versöhnung und der Dienst an der Versöhnung aufgetragen sind.

(A35) Das Gebet und das Hören auf das Wort Gottes waren für uns während dieser Tage ein Fest der Versöhnung. Dadurch haben wir die Gabe Gottes erfahren und sind einander näher gebracht worden, um uns zu befähigen, die nächsten notwendigen Schritte auf unserer Reise zu gehen. Wir haben uns an die Wunder der Liebe Gottes und an unser Versprechen, Jesus zu folgen, indem wir unsere Nachbarin und unsern Nachbarn lieben wie uns selbst, erinnern lassen. Wir sind ermutigt worden, fest in der Erwartung des Gottesreiches zu bleiben. "Gepriesen sei der Gott und Vater Jesu Christi, unseres Herrn, der Vater des Erbarmens und der Gott allen Trostes" (2. Kor 1,3).

* Angenommen mit 454 Stimmen, bei 5 Gegenstimmen und 31 Enthaltungen.
Übersetzt aus dem englischen

Handlungsempfehlungen - Die Suche nach der sichtbaren Einheit der Kirchen

1.1 Wir empfehlen den Kirchen, das Jahr 2000 zum Anlass zu nehmen, um durch gemeinsam vorbereitete symbolische, liturgische und pastorale Handlungen und

Initiativen ihrer Gemeinschaft sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Sie sollten vor allem darauf hinarbeiten, dass von der Jahrtausendwende an das Osterfest zur gleichen Zeit gefeiert werden kann, sowie eine offizielle und feierliche Anerkennung der Taufe zwischen allen christlichen Kirchen anstreben.

Begründung: In einigen Kirchen sind bereits Vorbereitungen für die Feier des Millenniums im Gange. Wir halten es für wünschenswert, diese Bemühungen zu koordinieren. Es wäre gut, wenn die Kirchen die öffentliche Aufmerksamkeit, die das Jahr 2000 auf sich zieht, im Sinne ökumenischer Glaubwürdigkeit als Gelegenheit nutzen würden, gemeinsam Zeugnis abzulegen. Dafür bieten sich vorhandene Modelle wie der Weltgebetstag der Frauen an, doch könnten selbstverständlich auch mit kreativer Phantasie ganz neue Initiativen entwickelt werden.

1.2 Wir empfehlen den Kirchen, ein gemeinsames Dokument zu erarbeiten, das grundlegende ökumenische Pflichten und Rechte enthält und daraus eine Reihe von ökumenischen Richtlinien, Regeln und Kriterien ableitet, die den Kirchen, ihren Verantwortlichen und allen Gliedern helfen, zwischen Proselytismus und christlichem Zeugnis sowie zwischen Fundamentalismus und echter Treue zum Glauben zu unterscheiden und schliesslich die Beziehungen zwischen Mehrheits- und Minderheitskirchen in ökumenischem Geist zu gestalten.

Begründung: Die schwierige Situation, in der sich die ökumenische Gemeinschaft gegenwärtig aufgrund verschiedener Umstände befindet, erfordert bewusste Gegenmassnahmen. Es erscheint notwendig, eine ökumenische Kultur des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit zu pflegen und dafür eine verbindliche Grundlage zu schaffen.

1.3 Wir empfehlen den Kirchen, mit aller Kraft die Aufgabe ökumenischer Bildung, Ausbildung und Erziehung in Angriff zu nehmen oder zu fördern. Sie sollten besonders gemeinsame Bibelstudien organisieren, sich um eine gemeinsame Sicht ihrer Geschichte bemühen und alle Gelegenheiten wahrnehmen, sich wechselseitig besser kennenzulernen und gemeinsame Erfahrungen zu sammeln.

Begründung: Der ökumenische Auftrag der Kirche darf kein Randaspekt kirchlichen Lebens sein, sondern muss die Praxis der Frömmigkeit ebenso prägen wie das gesellschaftliche oder politische Verhalten von Kirchen und Christen. Das ist nur möglich, wenn er zu einem Leitprinzip in all den Bereichen der Kirchen wird, in denen Menschen geformt werden und sich bilden.

Dialog mit den Religionen und Kulturen

2.1 Wir empfehlen den Kirchen, auf jede geeignete Weise dazu beizutragen, dass Religionsfreiheit und Menschenrechte gewährleistet werden, damit die Würde und Identität aller Menschen geschützt sind.

Begründung: Für das Zusammenleben von Religionen in der modernen Welt bildet der gemeinsame Respekt gegenüber den allgemeinen Menschenrechten eine unverzichtbare Grundlage. Diese schützen zugleich die Vielfalt der Überzeugungen und Lebensstile.

2.2 Wir empfehlen den Kirchen, Gruppen zu unterstützen, die sich dem interreligiösen Dialog widmen. Sie sollten die dort gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse nutzen, vor allem damit im Bereich von Bildung und Erziehung

sachgemäße Informationen vermittelt und Vorurteile abgebaut werden können.
Begründung: Für das friedliche Zusammenleben von Menschen und Gruppen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Überzeugung ist es unbedingt wichtig, sich gegenseitig zu kennen, sich zu verstehen und sich auch schätzen zu lernen. Dazu bedarf es langfristiger und geduldiger Arbeit und Erfahrung.

2.3 Wir empfehlen den Kirchen, dem Beispiel einiger Kirchen in Italien und Deutschland zu folgen und einen Tag zu bestimmen, der dem Dialog mit dem Judentum und der Begegnung mit dem lebendigen jüdischen Glauben gewidmet ist. In ähnlicher Weise sollten Tage und Anlässe gefunden werden, um die Beziehungen zu anderen Religionen zu pflegen und zu verlebendigen.

Begründung: Die Begegnung zwischen Menschen vollzieht sich nicht nur auf einer intellektuellen Ebene, sie braucht eine spirituelle und symbolische Dimension, um tief und tragfähig zu sein.

Einsatz für soziale Gerechtigkeit, vor allem die Überwindung von Armut, Ausgrenzung und anderen Formen von Diskriminierung

3.1. Wir empfehlen den Kirchen, Prozesse der Konsultation zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu initiieren. Sie sollen dazu beitragen, das Menschenrecht auf Teilhabe am ökonomischen Leben zur Geltung zu bringen.

Begründung: Die internationale und globale Vernetzung der Märkte tendiert dazu, europäische Traditionen des sozialen Ausgleichs zu schwächen. Die Massenarbeitslosigkeit in praktisch allen Ländern fordert die Kirchen heraus. Sie müssen besonders belasteten Personengruppen - vor allem Jugendlichen und Frauen - ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und sich für gerechte Systeme sozialer Sicherung einsetzen.

3.2. Wir empfehlen den Kirchen, sich für eine gerechte und menschliche Wanderungspolitik einzusetzen, besonders gegenüber Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern. Die durch die Menschenrechte gesetzten humanitären Standards müssen bei der nationalen Gesetzgebung und bei internationalen Abkommen beachtet und fortentwickelt werden.

Begründung: Die westeuropäischen Länder schliessen sich mehr und mehr gegenüber Menschen ab, die eine neue Heimat suchen. Alle Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus widersprechen jedoch dem christlichen Ethos, denn die Christen glauben an Jesus Christus, der Fremde zu Geschwistern gemacht und alle ethnischen Grenzen überwunden hat.

3.3 Wir empfehlen den Kirchen, auf allen Ebenen und mit allen Mitteln die Benachteiligung von Frauen zu bekämpfen und Wege zu suchen, die Frauen mehr Gerechtigkeit bringen, vor allem durch die Überwindung von sexistischen Praktiken im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben.

Begründung: Frauen sind in vielen Ländern Opfer des gesellschaftlichen Wandels. Sie sind auf vielfache Weise von Gewalt und Ausbeutung bedroht, besonders im sexuellen Bereich. Unsere Kirchen sind herausgefordert, diese Bedrohungen zu erkennen und zu benennen und zu ihrer Überwindung beizutragen. Dazu können Caritas, Bildungsarbeit, öffentliche Meinungsbildung und konkrete Hilfsprogramme beitragen.

3.4 Wir empfehlen den Kirchen, Massnahmen zum Schutz und zur Förderung der Familien zu intensivieren und der besonderen Lage vor allem von jungen und alten Menschen Rechnung zu tragen.

Begründung: Familien als Ort treuer und vergebender Liebe dienen der Zukunft unserer Gesellschaften. Die demographische Entwicklung verlangt besondere Aufmerksamkeit auf die Lage der alten Menschen. Die Kirchen können durch Familienbildung und Familienförderung, Kindergärten, Schulen und Universitäten, Krankenhäuser und Altenheime dazu beitragen, jungen und alten Menschen zu helfen und deutliche Zeichen christlicher Nächstenliebe zu geben.

Engagement für die Versöhnung in und zwischen den Völkern und Nationen und Stärkung gewaltfreier Formen der Konfliktbewältigung

4.1 Wir empfehlen den Kirchen, sich an der Debatte über europapolitische Entwicklungsprozesse intensiv zu beteiligen, sich dazu Instrumente für ein gemeinsames Handeln zu schaffen und die vorhandenen Institutionen zu stärken. Begründung: Die Europäischen Institutionen (OSZE, Europarat, EU) sind die Motoren der politischen Neuordnung für ganz Europa. Wenn sich die Kirchen von diesem Prozess nicht ausschliessen wollen, bedarf es gemeinsamer Initiativen, kontinuierlichen Erfahrungsaustausches und der beständigen Analyse der europäischen Entwicklung. Das betrifft besonders alle Anstrengungen, den Waffenhandel zu begrenzen (z. B. durch einen europäischen Verhaltenskodex) und den Protest gegen die Herstellung, den Export und die Anwendung von Landminen.

4.2 Wir möchten die Kirchen bitten, eine aktive und nachhaltige Rolle bei der friedlichen Transformation von Konflikten (z. B. Nordirland, Zypern) und in Friedens- und Versöhnungsprozessen nach kriegereischen Auseinandersetzungen (wie in Bosnien, Kroatien, Serbien, Tschetschenien u. a.) zu übernehmen. Begründung: Der Versöhnungsauftrag der Kirchen verlangt von ihnen, alle Bemühungen zu unterstützen, die der Anwendung von Gewalt vorbeugen oder ihre Folgen heilen. Dazu gehören die verschiedenen Formen der Konfliktmediation ebenso wie der Einsatz beim Wiederaufbau und das Bemühen, heimkehrenden Flüchtlingen einen menschenwürdigen Neuanfang zu ermöglichen.

4.3 Wir empfehlen KEK und CCEE mit ihren Mitgliedskirchen, den Austausch von Erfahrungen von Initiativen, Institutionen, Laien- und Bildungszentren und Gemeinden in Friedens- und Versöhnungsprozessen zu fördern. Begründung: Die Entwicklung einer Kultur der Gewaltlosigkeit verlangt nach Bildungsprozessen, in denen sich lokale mit internationalen Erfahrungen verbinden. Entsprechende Bildungsprogramme sollten besonders junge Menschen, aber auch Soldaten und Politikerinnen und Politiker einbeziehen.

4.4 Wir empfehlen KEK und CCEE, ein ständiges Komitee für Konfliktanalyse und -bearbeitung einzurichten. Es soll Versöhnungsprozesse anregen und die Möglichkeiten untersuchen, die Ausbildung von Fachkräften zur zivilen Konfliktbearbeitung auf europäischer Ebene zu institutionalisieren. Begründung: Sowohl auf globaler wie mancherorts auf nationaler Ebene werden Projekte zur Institutionalisierung ziviler Konfliktbearbeitung und -lösung diskutiert. Es ist sehr wichtig, dass die Kirchen sich an dieser Diskussion intensiv beteiligen, und

es würde ihre Glaubwürdigkeit unterstreichen, wenn sie von sich aus in dieser Hinsicht ein deutliches Zeichen setzten. Gemeinsame Rahmenbedingungen für Friedensfachdienste würden helfen, der Basler Selbstverpflichtung nachzukommen, Schalom-Dienste zu schaffen.

Neue Praxis ökologischer Verantwortung, jetzt und im Hinblick auf kommende Generationen

5.1 Wir empfehlen den Kirchen, die Bewahrung der Schöpfung als Bestandteil des kirchlichen Lebens auf allen seinen Stufen zu betrachten und zu fördern. Das könnte auch durch einen gemeinsamen Tag der Schöpfung geschehen, wie er vom ökumenischen Patriarchat gefeiert wird.

Begründung: Es kommt angesichts der Bedeutung der ökologischen Problematik für die Zukunft der Menschheit darauf an, in den Kirchen das Bewusstsein dafür zu wecken und zu stärken, dass das Engagement für die Bewahrung der Schöpfung kein beliebiges Arbeitsfeld neben vielen anderen darstellt, sondern eine wesentliche Dimension kirchlichen Lebens bilden muss.

5.2 Wir empfehlen den Kirchen, die Entwicklung eines Lebensstils zu fördern, der an den Kriterien der Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet ist, und alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Wirtschaft abzielen, die den gleichen Massstäben genügt.

Begründung: Ökologische Verantwortung muss sowohl das persönliche als auch das politische und wirtschaftliche Handeln bestimmen. Mit Blick auf das Kriterium der Nachhaltigkeit kommt dabei dem Einsparen von Energie und der Erschliessung und Nutzung erneuerbarer Energieformen unverändert grosse Bedeutung zu. Christinnen und Christen sollten sich, unterstützt von ihrer Gemeinde und ihrer Kirche, um einen vorbildlichen Lebensstil bemühen, der verdeutlicht, dass es möglich ist, sich von Konsumzwängen zu befreien und auf wirkliche Lebensqualität Wert zu legen.

5.3 Wir empfehlen den Kirchen, sich dem Agenda 21-Prozess anzuschliessen und ihn mit dem ökumenischen bzw. konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu verbinden.

Begründung: Die Agenda 21 bietet eine international vereinbarte Handlungsgrundlage, die wichtige gemeinsame Merkmale mit dem JPIC-Prozess aufweist und besonders die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen und politischen Kräften auf lokaler und kommunaler Ebene anregen und organisieren mithelfen kann.

5.4 Wir empfehlen KEK und CCEE, ein europäisches Netz von Umweltverantwortlichen einzurichten und bei ihren Aktivitäten als Partner anzuerkennen.

Begründung: Um das Anliegen der Bewahrung der Schöpfung im Leben der Kirchen zu verankern und politisch wirksam werden zu lassen, bedarf es der institutionellen Absicherung fachlicher Kompetenz. Daher sollten die Mitgliedskirchen der KEK und die CCEE-Bischofskonferenzen eigene Verantwortliche für Umweltfragen ernennen und für ihre Vernetzung eine geeignete Organisationsform schaffen, die sie als Kooperationspartner nutzen.

Gerechter Ausgleich mit anderen Weltregionen

6.1 Wir empfehlen den Kirchen, im Geist des Erlassjahres die Bewegung für einen Schuldenerlass im Interesse der ärmsten Länder anzuführen und dabei den Beginn des neuen Jahrtausends als zeichenhaft bedeutsamen Termin anzustreben.

Begründung: Die Frage des Schuldenerlasses muss bei den G7-Treffen in Birmingham (Juni 1998) und Berlin (1999) einen hohen Rang auf der Tagesordnung einnehmen. Die Kirchen sollten anlässlich dieser Treffen durch öffentliche Kampagnen für die Interessen der ärmsten Länder eintreten und die europäischen Regierungen beeinflussen, im Rahmen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf eine dauerhafte Lösung des Schuldenproblems hinzuarbeiten.

6.2 Wir empfehlen den Kirchen, in ihren Ländern nachdrücklich die von den Vereinten Nationen vor 25 Jahren für die Entwicklungshilfe vorgegebene Richtschnur von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes in Erinnerung zu rufen und sich selbst zu verpflichten, 2 Prozent ihres Einkommens für Entwicklungshilfe einzusetzen.

Begründung: Trotz der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in der Weltgesellschaft sank die von den Hauptgeberstaaten für Entwicklungshilfe aufgewandte Quote in den letzten Jahren kontinuierlich bis auf den Tiefststand von 0,27 Prozent im Jahr 1995. Gegen diesen Trend müssen die Kirchen Einspruch erheben und in ihrem eigenen Verhalten Zeichen setzen, die das Thema erneut in das öffentliche und politische Bewusstsein rücken.

6.3 Wir empfehlen den Kirchen, beispielhafte christliche Initiativen im Bereich wirtschaftlichen Handelns zu unterstützen und Kampagnen zu organisieren, die sich besonders gegen Kinderarbeit, Sextourismus und Frauenhandel und andere Formen der Ausbeutung richten.

Begründung: Es gibt in den Kirchen bereits eine Reihe von modellhaften Initiativen, zum Beispiel Fair Trade oder die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft (EDCS), deren Ziel darin besteht, die Realisierbarkeit gerechter Wirtschaftsbeziehungen zu demonstrieren. Die Kirchen sollten solche Modelle bevorzugt fördern und sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf moralisch besonders fragwürdige Formen der Ausbeutung konzentrieren.

6.4. Wir empfehlen den Kirchen, ökumenische Bildung im Sinne weltweiten Lernens zu einem Schwerpunkt ihrer Bildungsarbeit zu machen und dabei den Aspekt des Teilens finanzieller, kultureller und spiritueller Reichtümer in den Vordergrund zu rücken.

Begründung: Die ökumenische Gemeinschaft als weltweite Gemeinschaft muss sich immer stärker als Lerngemeinschaft verstehen, deren Versöhnungsauftrag es erfordert, einander Erfahrungen von Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung mitzuteilen, aber auch Güter aller Art miteinander zu teilen, die das gemeinsame Leben in der einen Welt ermöglichen und bereichern.

Hintergrundmaterial zu den Handlungsempfehlungen - Die Suche nach der sichtbaren Einheit der Kirchen

Gabe und Aufgabe der Einheit (B1) Jedes Nachdenken über die ökumenische Lage muss mit der Erinnerung an den Auftrag unseres gemeinsamen Herrn beginnen, vor

der Welt jene Gemeinschaft sichtbar zu machen, die nach Ausweis der Heiligen Schrift und aller christlichen Bekenntnisse Gott - Vater, Sohn und Heiliger Geist: die drei Personen im Einen Gott - miteinander bilden. Der Glaube an den dreieinigen Gott, zu dem wir uns bei der Taufe bekennen, verbindet uns als kostbares Gut über alle Trennungen hinweg mit einem festen Band zu einer wirklichen, aber aufgrund dieser Trennungen unvollkommenen Gemeinschaft. Dieser bereits vorhandenen Einheit sollen wir öffentlichen Ausdruck geben und sichtbare Gestalt verleihen. Über die Bedingungen und die Form kirchlicher Einheit müssen wir uns noch besser verständigen, doch besteht ein Konsens über die Notwendigkeit einer Einheit in Vielfalt, in der die vielfältigen Verschiedenheiten zwischen uns unsere Gemeinschaft bereichern, anstatt sie zu belasten. Eine solche in sich versöhnte Gemeinschaft könnte auch ein Modell für die Gestaltung des politischen Lebens in Europa bieten.

Last und Auftrag der Versammlung (B2) Als delegierte Frauen und Männer von unseren Kirchen haben wir nicht nur den Reichtum unserer Erfahrungen mit nach Graz gebracht, sondern auch den Konfliktstoff, der sich in unserer Gegensätzlichkeit verbirgt. Wir sind uns aber darin einig, dass es im Licht unseres Glaubens und des ökumenischen Auftrags der Kirchen keinen Grund gibt, der es rechtfertigt, das Gespräch unter uns abubrechen oder seine Aufnahme zu verweigern. Wir müssen lernen, einander aufmerksam und geduldig zuzuhören sowie unsere verschiedenen Standpunkte mit Freimut und wechselseitigem Respekt vorzutragen. Dazu gehört die Bereitschaft, auch schmerzliche Wahrheiten zu akzeptieren.

Bleibende Notwendigkeit der Versöhnung (B3) Unsere Versammlung verbindet die Absicht, in ökumenischer Gemeinschaft unseren Glauben an die Barmherzigkeit Gottes zu bezeugen und von ihr beflügelt zur Versöhnung in Europa beizutragen. Wir müssen allerdings bekennen, dass die Kirchen in der Vergangenheit oft schlechte Zeuginnen und Zeugen der christlichen Botschaft von der Versöhnung waren, und bis in die Gegenwart hinein unsere durch die Sünde mitbedingte Wirklichkeit die Glaubwürdigkeit unseres Zeugnisses beeinträchtigt. Zum Beispiel sind wir Christinnen und Christen immer noch ausserstande, uns alle am Tisch des Herrn zu vereinen. Dieser skandalöse Zustand darf uns niemals gleichgültig lassen, denn er widerspricht dem Willen Gottes und beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit unserer Verkündigung. Das Gleiche gilt besonders auch für die Beziehungen zwischen Frauen und Männern in Kirche und Gesellschaft. Sie verraten immer noch mehr die Sündhaftigkeit der Welt, als dass sie die Absicht des Schöpfers und das Erlösungswerk Jesu Christi widerspiegeln. Ohne Gerechtigkeit gegenüber den Frauen und eine gerechte Würdigung ihrer Fähigkeiten und Leistungen kann nicht von einer wirklich versöhnten Gemeinschaft gesprochen werden.

Geschenk der ökumenischen Bewegung (B4) Die Teilung der Östlichen und Westlichen Kirchen einerseits sowie die Teilungen innerhalb der westlichen Christenheit andererseits, haben das Gesicht Europas in kultureller, politischer und kirchlicher Hinsicht nachhaltig geprägt. Auf dem Wege der Mission wurden die Konflikte innerhalb der westlichen Christenheit in andere Teile der Welt exportiert und die missionarische Sendung der Kirche auch durch Konkurrenzdenken und koloniale Motive überschattet. Vor dem Hintergrund dieser überwiegend dunklen Seite der Kirchengeschichte verstehen wir die ökumenische Bewegung, die sich erst im 20. Jahrhundert durchsetzen konnte, als ein Werk und Geschenk des Heiligen Geistes. Zwischenkirchliche Beziehungen im Geiste des Dialogs haben zu konstruktiver Zusammenarbeit geführt. Das theologische Gespräch selbst, das seit vielen

Jahrzehnten intensiv geführt wird, hat eindrucksvolle Ergebnisse erbracht, muss aber intensiv fortgesetzt werden. Denn die widerstreitenden Überzeugungen früherer Generationen haben in vielen Fällen zu wechselseitigen Bannurteilen oder Verwerfungen geführt, die wir ernst nehmen müssen. Versöhnte Gemeinschaft setzt voraus, dass solche Verurteilungen mit Blick auf die heutigen Kirchen offiziell aufgehoben werden. Darin vor allem liegt der Sinn theologischer Verständigung und theologischer Übereinkunft. In einigen Fällen wurde auf diesem Wege volle Kirchengemeinschaft möglich, in anderen Fällen gelang es, bindende Vereinbarungen zu treffen, die zwischen den beteiligten Kirchen auf allen Ebenen neue Beziehungen etabliert haben. Im Licht versöhnter Gemeinschaft können wir sogar die Geschichte unserer Trennungen neu verstehen lernen als einen Weg, auf dem der Heilige Geist uns dazu führt, die Fülle der Wahrheit deutlicher zu bezeugen.

Ökumenische Bewegung und Kalter Krieg (B5) In der Zeit des Kalten Krieges erwies sich die ökumenische Verbundenheit in und zwischen den Kirchen häufig als eine wichtige Brücke, über die trotz des Eisernen Vorhangs Hilfe in vielfältiger Form zu jenen Kirchen gelangte, die unter der kommunistischen Herrschaft leben mussten. Als eine Frucht solcher Bemühungen wurde zum Beispiel auch die Konferenz Europäischer Kirchen gegründet, die mit zu unserer Versammlung eingeladen hat. Der Druck, der von Seiten der sozialistischen Staaten auf die Kirchen Ost- und Südosteuropas ausgeübt wurde, hat manchmal ökumenische Solidarität wachgerufen oder gestärkt, in anderen Fällen jedoch ökumenisches Zusammenleben behindert und Misstrauen zwischen den Kirchen gesät, zumal die kommunistischen Staaten stets bestrebt waren, die Kirchen zu schwächen. Wir wissen zudem um die zwiespältige Rolle, die ökumenische Institutionen und Kontakte mitunter freiwillig oder wider Willen spielten. Wir bekennen, dass es in den westlichen Kirchen des öfteren an Interesse für das Leben und das Martyrium der christlichen Schwestern und Brüder in den Ländern des sogenannten Realsozialismus mangelte und die Solidarität mit ihnen zu wünschen übrig liess.

Ambivalenz der neuen Lage (B6) Das Ende des Ost/West-Konflikts hat die pastoralen und politischen Möglichkeiten aller Kirchen erweitert und auch die ökumenischen Kontakte auf eine neue Grundlage gestellt. Alte Verbindungen wurden intensiviert, neue geknüpft, die zwischenkirchliche Hilfe umorganisiert und an vielen Stellen in segensreicher Weise eingesetzt. Die neue Situation hat aber zugleich Verunsicherung erzeugt, alte Ängste und zusätzliche Befürchtungen wachgerufen. Die ökumenische Gemeinschaft bleibt schweren Belastungsproben ausgesetzt, und mancherorts drohen sogar Kirchen zu zerbrechen. Die meisten Kirchen müssen sich unter dem Eindruck ihrer schwierigen Lage stark auf ihre inneren Probleme konzentrieren, so dass für sie die zwischenkirchlichen Beziehungen an Gewicht verlieren. Meist hängen ihre Schwierigkeiten mit der Bürde historischer Konflikte zusammen, die ganz unterschiedlich gedeutet und beurteilt werden. Und diese Konflikte sind ihrerseits oft mit dem Grundkonflikt zwischen Mehrheiten und Minderheiten in einem Land oder einer Region verbunden, die sich auch in West-, Süd- und Nordeuropa bemerkbar machen. Oft fällt es dabei auch bei gutem Willen schwer, eine gerechte Lösung zu finden, aber allen beteiligten Kirchen und Christen muss jederzeit bewusst sein, dass unsere erste und oberste Treuepflicht Gott allein gebührt, der uns durch den Heiligen Geist in Schwestern und Brüder verwandelt hat. Wir betonen daher mit der Basler Versammlung: "Alle anderen Loyalitäten (gegenüber Staat, Kultur oder sozialer Gruppe ...) sind zweitrangig" (Nr. 77).

Proselytismus (B7) Die Wahrhaftigkeit fordert von uns, auch ein Problem anzusprechen, das die ökumenischen Beziehungen in Osteuropa besonders belastet, nämlich das Problem des Proselytismus. Wie an kaum einer anderen Stelle erweist sich dabei schon die Verständigung über die Natur des Problems und die verschiedenartigen Erfahrungen als sehr mühsam und schmerzlich. Wir möchten deswegen einige wichtige Prinzipien in Erinnerung rufen und zuerst feststellen: Der Geist respektvoller und vertrauensvoller ökumenischer Gemeinschaft verbietet jede Form von Proselytismus. Daher zählt dieses Verbot von Anfang an mit Recht zu den zentralen Regeln ökumenischen Zusammenlebens. Keine Kirche, kirchliche Gemeinschaft oder Bewegung kann sich auf den christlichen Missionsauftrag berufen, wenn sie versucht, mit finanziellen oder propagandistischen Mitteln Angehörige einer anderen Konfession abzuwerben. Wir achten das Recht aller Christinnen und Christen, sich zu einer anderen Konfession zu bekehren, aber das darf niemals durch Druck oder Manipulation herbeigeführt werden. Besonders bei Konversionen von Amtsträgerinnen und Amtsträgern halten wir die gegenseitige Information der betroffenen Kirchen für wichtig, um Missverständnisse zu vermeiden. Wir halten es für dringend erforderlich, das Verhältnis zwischen dem ekklesialen Begriff des kanonischen Gebiets und dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit zu klären und ein gemeinsames Verständnis des kirchlichen Missionsauftrages zu erarbeiten. Wir begrüßen deshalb mit Nachdruck das Dokument der gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der Römisch-Katholischen Kirche zum Thema "Die Herausforderung des Proselytismus und der Ruf zum gemeinsamen Zeugnis", dessen Einsichten für das künftige Gespräch hilfreich sein könnten. In jedem Fall sind Behutsamkeit und Respekt im Umgang miteinander die Voraussetzungen dafür, dass wir den christlichen Missionsauftrag in Europa gemeinsam erfüllen können statt in gegenseitiger Konkurrenz.

Ökumenische Räte und Partnerschaften (B8) Mit Blick auf die Zukunft möchten wir jedoch weniger die zwischen uns bestehenden Konflikte betonen, sondern mehr die Zeichen der Hoffnung hervorheben, die es in grosser Zahl gibt. Als einen der wichtigsten Bereiche ökumenischen Fortschritts werten wir die Kirchen- und Christenräte, die in zahlreichen europäischen Ländern gegründet wurden. In ihnen treffen sich regelmässig offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedskirchen zur Beratung, um Aktionen zu koordinieren oder miteinander durchzuführen, Materialien zur Information oder für die ökumenische Praxis zu erarbeiten oder strittige Fragen miteinander zu besprechen. Diese unentbehrlichen Instrumente des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit sollten überall ein festes Element zwischenkirchlicher Beziehungen bilden. In manchen Ländern existieren darüber hinaus örtliche Partnerschaften zwischen konfessionsverschiedenen Gemeinden, die Kirchengebäude miteinander teilen, gemeinsam Gottesdienste feiern, miteinander beten oder gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, die Verkündigung und das Zeugnis des Glaubens einladender zu gestalten.

Ökumenische Initiativen (B9) Neben solchen formellen Strukturen der Ökumene existiert ein ausserordentlich weites Feld ökumenischer Initiativen, die auch nur halbwegs vollständig aufzulisten unmöglich ist. Zum Beispiel treffen sich tausende von jungen Menschen aus dem Norden, Süden, Osten und Westen Europas in Taizh und vielen anderen Zentren, um miteinander zu singen, zu meditieren, zu beten und miteinander zu diskutieren. Im Blick auf das Thema unserer Versammlung jedoch verdienen jene Aktionen und Initiativen besondere Aufmerksamkeit, die der Verständigung in gewaltsamen Konflikten oder der Versöhnung nach dem Ende von

Feindseligkeiten dienen. Ihr Spektrum reicht von gemeinsamer Not- und Wiederaufbauhilfe über die Organisation von Begegnungen zwischen Menschen, die den verfeindeten Parteien angehören, bis hin zu Zentren gemeinschaftlichen Lebens. Die Kirchen sollten solche Bemühungen jederzeit öffentlich unterstützen und finanziell nach Kräften fördern. Ökumenische E rziehung, Ausbildung und Fortbildung sind wichtig, um Konflikten vor-zubeugen, ebenso alle Mittel und Wege, die einer gemeinsamen Frömmigkeit dienen. Dazu gehören vor allem gemeinsame Bibelübersetzungen, ökumenische Lieder- und Gebetsbücher und nicht zuletzt gemeinsame Gebetstage, wie der Weltgebetstag der Frauen und die Gebetswoche für die Einheit der Christen. Denn es genügt nicht, nur Wissen zu vermitteln, es bedarf gemeinsamer geistlicher Erfahrungen und der Einübung einer spirituellen Grundhaltung, die den unbedingten Respekt vor der Freiheit des Gewissens mit der Freude am Reichtum des christlichen Glaubens verbindet.

Grenzen unserer Gemeinschaft und ökumenische Verpflichtung (B10) Es darf unter uns keine Form der Einheit geben, die durch den Verzicht auf die Wahrheit erkaufte würde, die uns durch Gott anvertraut ist. Wir haben kein Recht, unsere Mütter und Väter im Glauben zu verdächtigen, sie hätten die Trennung der Kirchen nur aus unlauteren und verwerflichen Motiven betrieben oder in Kauf genommen. In gleicher Weise gebührt all denen Respekt, die sich um der Wahrheit willen verpflichtet fühlen, an bestimmten fberzeugungen und Entscheidungen festzuhalten, selbst wenn dies unsere Gemeinschaft begrenzt. Es wäre unredlich, solche Grenzen zu verschweigen, und falsch, sie einfach zu überspringen. Trotzdem müssen wir uns selbst ständig ehrlich prüfen, ob wir tatsächlich alles in ökumenischer Gemeinschaft tun, was hier und jetzt möglich wäre, ohne irgendein Gewissen zu verletzen. Im Licht unseres Glaubens und der Herausforderung nach dem ökumenischen Auftrag der Kirche müssen wir den Dialog im Bemühen um die Einheit fortführen. Niemand unter uns sollte es wagen, das Gebet unseres Herrn Jesus Christus um Einheit zu missachten oder die in unseren Köpfen forthallende Weisung des Hl. Paulus zu überhören, Botschafter der Versöhnung zu sein. Gott hat uns mit sich selbst durch Christus versöhnt und uns den Dienst der Versöhnung aufgegeben (2 Kor. 5, 18). Wir können die Gemeinschaft, die Gott uns angeboten hat, letzten Endes nicht selbst herstellen, sondern nur als ein Geschenk Gottes empfangen, indem wir auf dem Weg zur Versöhnung das Evange-lium gemeinsam teilen und leben. Darin liegt eine Pflicht, vor allem aber eine Ermutigung und Hoffnung, die in die Zukunft weist.

Dialog mit den Religionen und Kulturen

Universelle Offenbarung Gottes und Dialog (B11) Wir Christen glauben an einen Gott, der sich allen Menschen mitteilen will. Wir bekennen, dass Gott in Jesus Christus seine Liebe in vollkommener Reinheit und Klarheit geoffenbart hat, aber Gott ist auf geheimnisvolle Weise auch in der ganzen Schöpfung gegenwärtig und spricht zu allen Menschen, die Gott hören wollen, vor allem durch die Stimme des Gewissens. Darum begegnet uns Christen in anderen Menschen, ihren Kulturen und Religionen, immer auch Gott selbst. Obwohl wir glauben, Gottes unüberbietbare Selbstmitteilung in Jesus Christus empfangen zu haben, die sich an alle Menschen aus allen Kulturen richtet, vermag uns doch das Gespräch mit ihnen zu bereichern, denn wir lernen darin eine neue Seite der unerschöpflichen Fülle Gottes kennen.

Vielfalt als Erbe und bleibendes Merkmal Europas (B12) Es gibt jedoch auch andere Gründe, den Dialog mit anderen Kulturen und Religionen zu suchen. Die ökumenische Versammlung von Basel hat von ihm gesprochen im Zusammenhang mit dem Umbau des europäischen Hauses, der als Teil des Umbaus des ganzen 'Weltdorfes' gesehen werden müsse (vgl. Nr. 89) und hat daraus die Notwendigkeit des Dialogs mit anderen Religionen, Kulturen und Weltanschauungen abgeleitet (vgl. Nr. 90). Wir fügen hinzu, dass Europa selbst immer ein Ort wechsellvoller, spannungsreicher und auch konfliktvoller Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern und Religionen gewesen ist und heute, im Zeichen des Pluralismus, eine noch viel grössere Vielfalt unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Überzeugungen aufweist. Derart plural verfasste Gesellschaften brauchen den Respekt voreinander, das Vertrauen ineinander und das Verständnis füreinander, um überleben zu können. Respekt und Vertrauen tragen dazu bei, dass Dialoge zu Verständnis und Verständigung führen. Gerade die Schattenseite der europäischen Geschichte lehrt, zu welcher furchtbaren Verfehlungen es kommen kann, wenn es an Respekt, Vertrauen und Verständnis mangelt. Wir treten deshalb in solche Gespräche selten unbelastet ein, sondern bringen manchmal traumatische Erfahrungen mit, die selbst dort noch wirksam sein können, wo sie längst vergessen scheinen. Manchmal genügen dann bereits geringfügige Anlässe, um alte Ängste wachzurufen und überkommene Vorurteile neu zu beleben. Umso mehr können schwerwiegende Ereignisse dazu beitragen, die Gespenster der Vergangenheit zu wecken, die das Miteinander stören oder sogar zerstören. Wo die Erinnerungen Menschen und Völker trennen, ist mehr nötig als Einfühlbarkeit und Takt. Da bedarf es nicht selten einer fast übermenschlichen Kraft der Selbstüberwindung, um den zerrissenen Gesprächsfaden neu zu knüpfen. Wir Christen müssen deshalb beständig auf unseren Heiland und Bruder Jesus Christus schauen und darum bitten, dass Gottes Geist uns aufrichtet, tröstet und stärkt.

Verhältnis zum Judentum (B13) Jesus von Nazareth, den wir als Christus bekennen, wurde als Jude geboren und lebte als Mensch in seinem jüdischen Glauben. Als Christus hat er uns Christen den Gott Israels geoffenbart, der seinem Volk die Bundestreue nie aufgekündigt hat. Wir haben teil an demselben Wort Gottes im ersten Testament, am Glauben an den Gott, der uns zu seinem Ebenbild geschaffen hat und aus Sklaverei und Unterdrückung befreit. Das gemeinsame Gebet der Psalmen und die Worte der Propheten haben uns als Christen geistlich geprägt. Dies alles erklärt, dass das Christentum im Judentum verwurzelt ist (Röm. 11, 17 f). Unsere Beziehung zum Judentum ist im Hinblick auf das Verhältnis zu anderen religiösen Traditionen unverwechselbar. Die europäische Kultur verdankt dem jüdischen Erbe einen entscheidenden Beitrag in so vielen Bereichen, dass wir sie im einzelnen nicht benennen können. Das Verbrechen der Ermordung und Vertreibung des grössten Teils der europäischen Jüdinnen und Juden ist ein Verlust, den die europäische Kultur nie mehr wird ausgleichen können. Die Schuld daran liegt in besonderer Weise bei dem menschenverachtenden Regime des Nationalsozialismus, das den Versuch unternommen hat, das Judentum in Europa vollkommen auszurotten und sie liegt auch bei Deutschen und Österreichern und anderen, insoweit sie dieses Regime mitgetragen und dagegen keinen ausreichenden Widerstand geleistet haben. Auch einige Kirchen haben versagt. Wir müssen mit Scham bekennen, dass Judenfeindschaft in ganz Europa verbreitet war und immer wieder ausbricht. Der rassistische und sozialdarwinistische Antisemitismus, der seit dem 19. Jahrhundert sogar im Gewand aufgeklärter Wissenschaft auftrat, konnte sich ausserdem auf eine lange antijüdische Tradition

innerhalb des Christentums berufen, die bis in seine Anfänge zurückreicht. Sie hat weder alle Teile der Christenheit noch alle Phasen der Christentumsgeschichte geprägt. Es gab und gibt Beispiele für ein anderes Verhältnis zum Judentum. Trotzdem bleibt die Schuld bedrückend gross. Wir sind dankbar, dass sich die Auseinandersetzung von Christen und Kirchen mit dem Judentum verstärkt hat und dass dadurch eine Neuorientierung theologischer Lehre und kirchlicher Praxis beginnt. Eine Vielzahl jüngerer kirchlicher Dokumente belegt dies. Dankbar sind wir auch, dass die Zahl jüdischer Gemeinden in vielen Ländern Europas wächst, dass Christen wieder die Möglichkeit haben, mit Juden zusammenzuleben und ihr gemeinsames Erbe zu entdecken und zu verstehen.

Gegenwärtige Gestalt europäischer Pluralität (B14) Juden und Muslime haben seit Jahrhunderten auf europäischem Boden gelebt und bildeten in manchen Ländern starke Minderheiten. Im Gefolge von Aufklärung und Säkularisierung hat sich ausserdem ständig die Zahl der Menschen vergrössert, die den christlichen Glauben ablehnen, sich gleichgültig verhalten oder andere Weltanschauungen vertreten. Im kommunistischen Herrschaftsbereich wurde die Religion trotz formeller Religionsfreiheit zugunsten der atheistischen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus unterdrückt. Gläubige Menschen sind oft brutal verfolgt worden. Heute treten dort viele verschiedene Gruppen auf und versuchen sich auszubreiten, nicht selten mit fragwürdigen Methoden. In West- und Nordeuropa haben Arbeitsmigrationen, Flüchtlingsströme, Übersiedelungen oder einfach die grössere Mobilität dazu beigetragen, dass nicht nur die christlich-konfessionelle Vielfalt, sondern auch die Präsenz nichtchristlicher Weltreligionen verstärkt wurden. Das betrifft vor allem den Islam, der die grösste Entwicklungsdynamik aufweist, doch dürfen wir die asiatisch-östlichen Religionen dabei nicht übersehen.

Religiöse Offenheit (B15) Es scheint schliesslich, als würde die sogenannte Postmoderne durch eine neue Experimentierlust charakterisiert, die auch die religiöse Dimension des Lebens einbezieht. Wir beobachten manchmal sogar einen Hunger nach religiösen oder spirituellen Erfahrungen. Viele "Propheten", die nicht immer religiöse Ziele verfolgen, bieten ihre Antworten an. Alte religiöse Traditionen werden wiederbelebt, weit entfernte Religionen in Europa heimisch. Selbst innerhalb der christlichen Kirchen wächst das Interesse an nichtchristlichen religiösen Traditionen, die manchmal sogar eine beträchtliche Anziehungskraft entfalten. Wir brauchen eine Verständigung über die Kriterien zur Unterscheidung der Geister. Die Prognose einer fortschreitenden Säkularisierung bis hin zu einem mehr oder minder religionslosen Zeitalter hat sich bisher offenbar weder in Europa noch in anderen Teilen der Welt bestätigt. Die tatsächlichen Verhältnisse bieten ein weitaus komplexeres Bild, und sie lassen im Grunde nur den Schluss zu, dass die Pluralität von Überzeugungen und Lebensweisen ein dauerhaftes Merkmal der Kultur Europas bleiben wird. Alle Überlegungen zum Weg der Christenheit in das nächste Jahrtausend müssen von diesem Grundtatbestand ausgehen.

Toleranz und Versöhnung (B16) Wir halten es für wichtig, uns gemeinsam Klarheit darüber zu verschaffen, dass diese Situation von allen Bewohnerinnen und Bewohnern des europäischen Hauses Toleranz verlangt. Toleranz stellt die Mindestbedingung für ein friedliches Zusammenleben dar. Wie Frieden aber mehr bedeutet als die blosse Abwesenheit von Krieg, erfordert ein fruchtbares Miteinander jedoch die Andersartigkeit anderer Menschen nicht nur zu dulden. Wenn aus der Tatsache der Verschiedenheit eine Quelle des Reichtums werden soll, die allen

zugute kommt, müssen die in ihr verborgenen oder offen zutage tretenden Gegensätze miteinander versöhnt werden. Das gilt insbesondere dann, wenn diese Gegensätze in der Vergangenheit gewalttätige Formen angenommen haben oder mit verletzender Schärfe in die Gegenwart hineinreichen. Unversöhnte Gegensätze spalten eine Gemeinschaft, und Erinnerungen an vergangenes Unrecht und Leid vergiften die menschlichen Beziehungen, so lange keine Heilung erfolgt. Die Zeit heilt keine Wunden, sondern lässt sie bestenfalls vernarben, so dass sie unter neuen Belastungen rasch wieder zu schmerzen beginnen. Der Prozess der Versöhnung gleicht einer Entgiftungskur; denn er führt durch Augenblicke der Entblössung, in denen der Schmerz der Beschämung und der Kränkung hervorbrechen. Das sind aber heilsame Schmerzen; denn um vergangenes Unrecht und Leid aus der Welt zu schaffen, müssen Schuld und Kränkung benannt und eingestanden werden. Nur dann ist Vergebung möglich. Denn es gibt keine Versöhnung ohne Wahrheit und Gerechtigkeit. Obgleich alle Gewalt, die Menschen verüben und erleiden, für alle ein tragisches Verhängnis darstellt, kann und darf doch niemals der Unterschied zwischen Tätern und Opfern verwischt werden.

Verhältnis zum Islam (B17) Die Christenheit und das christliche Europa blicken auch auf eine lange Geschichte der Beziehungen zum Islam zurück, der heute die zahlenmässig stärkste nichtchristliche Religion auf unserem Kontinent darstellt. Im mittel- und nordeuropäischen Raum ist der historische Einfluss des Islam auf die europäische Kultur wenig bewusst. Die Tatsache ist weithin vergessen, dass in anderen Teilen Europas christliche, jüdische und muslimische Gläubige in guter Nachbarschaft lebten. Grundsätzlich gesehen müssen wir mit unterschiedlichen Verhältnissen rechnen, und selbst die Zeit der Osmanischen Herrschaft in Südosteuropa lässt kein pauschales Urteil zu. Dennoch haben Vorurteile auf christlicher wie auf muslimischer Seite in der Geschichte eine enorme, zumeist verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie beruhten beiderseits auf leidvollen Erfahrungen, die sich tief in das Gedächtnis der betroffenen Völker einbrannten und gegenteilige Erfahrungen weithin überdeckten. So entstand auf christlicher Seite durch die arabischen, tartarischen und türkischen Eroberungen, auf islamischer Seite durch die Kreuzzüge und den Kolonialismus ein abgründiges Misstrauen, das durch jeden weiteren Konflikt neue Nahrung erhält. Muslime auf der ganzen Welt haben zum Beispiel den jüngsten Krieg in Bosnien im Lichte dieser Geschichte wahrgenommen und als neuen Beweis für die Feindseligkeit des Westens gegenüber dem Islam gewertet. Auf der christlichen und europäischen Seite hat das Schicksal christlicher Minderheiten in einigen islamischen Staaten und die Missachtung der Menschenrechte viele in ihrer Angst und Überzeugung bestärkt, der Islam erlaube grundsätzlich kein gleichberechtigtes Zusammenleben. Fundamentalistische Gruppen mit ihren terroristischen Aktionen scheinen dieses Urteil noch einmal auf grausame Art und Weise zu bestätigen. Es ist nicht unsere Aufgabe, eine abschliessende Meinung zu den schwierigen historischen, moralischen und rechtlichen Fragen zu äussern, die es im christlich-muslimischen Dialog zu besprechen gilt. Wir wollen lediglich die Notwendigkeit dieses Gesprächs unterstreichen, das mancherorts bereits begonnen hat. Dabei kommt dem Verständnis der Menschenrechte nach unserer Auffassung eine Schlüsselrolle zu. Als Christinnen und Christen stehen wir in Solidarität zu denjenigen unserer christlichen Schwestern und Brüder, die unter islamischer Herrschaft leiden mussten und noch leiden müssen. Doch wollen wir uns davor hüten, bei der Beurteilung vergangenen und gegenwärtigen Unrechts mit zweierlei Mass zu messen.

Mission und Dialog in Europa (B18) In vielen Kirchen hat eine intensive Reflexion darüber begonnen, wie man das kirchliche Leben erneuern kann und wie das Zeugnis der Christinnen und Christen in Europa lebendiger und glaubwürdiger werden kann. Dieser missionarische Geist widerspricht dem Dialog mit Angehörigen anderer Religionen nicht. Es ist derselbe Geist, der der ganzen Welt die Gute Nachricht von der Liebe Gottes verkünden will, die uns in Christus offenbart wurde, und der uns die Zeichen der Gegenwart Gottes in allen gerechten und heiligen Menschen erkennen lässt. Der Geist ermutigt alle, sich zu läutern und mitzuhelfen, das Leben, die Gerechtigkeit und den Frieden in allen Gesellschaften zu fördern.

Kirche und Gesellschaft (B19) Christus, der uns befreit hat, will, dass die Zustimmung zu seinem Evangelium in Freiheit geschieht und dass wir das Gewissen jedes Menschen respektieren, sowie das unsichtbare Handeln des Geistes Gottes in den Herzen der Menschen guten Willens. Auch in bezug auf die institutionellen Beziehungen zwischen Religionen innerhalb einer bestimmten Gesellschaft müssen die Christen um den Respekt gegenüber der Menschenwürde und allen Formen individueller und korporativer Religionsfreiheit bemüht sein. Diese sollen durch staatliche Gesetzgebung garantiert werden.

Einsatz für soziale Gerechtigkeit, vor allem die Überwindung von Armut, Ausgrenzung und anderen Formen von Diskriminierung

Gerechtigkeit als Grundmotiv jüdisch-christlicher Tradition (B20) Es war kein Zufall, dass die Ökumenische Versammlung von Basel unter dem Leitmotiv stand: FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT, denn kaum ein anderes Motiv ist in der biblischen Überlieferung fester verankert als die Verbindung zwischen dem Glauben an den Gott Israels und Vater Jesu Christi und der menschlichen Sehnsucht nach einer gerechten Welt. In Kontinuität mit der Botschaft der Propheten und der Verkündigung Jesu wurde in Basel einmal mehr der umfassende Charakter unserer Umkehr zu Gott (Metanoia) herausgearbeitet und erklärt, sie verpflichtet uns dazu, nach Wegen in eine Gesellschaft (zu suchen), in der die Menschen gleiche Rechte besitzen und in Solidarität miteinander leben (Nr. 45). Damals wurde mit prophetischer Schärfe davor gewarnt, Ungerechtigkeit zu tolerieren oder Kompromisse mit ihr einzugehen und uns einer Passivität hinzugeben, die im Grunde Feigheit oder Komplizenschaft ist oder der Erhaltung unseres eigenen Friedens auf Kosten anderer dient, besonders auf Kosten der Schwachen, die keine Macht haben und kein Gehör finden, um ihre Würde und Rechte zu verteidigen (Nr. 32).

Besondere Situation mittel- und osteuropäischer Kirchen (B23) Die Kirchen in Mittel- und Osteuropa haben in der Vergangenheit stets versucht, unter den gegebenen politischen Bedingungen durch das gelebte Zeugnis des Glaubens von einzelnen Menschen oder kleiner Gruppen das gesellschaftliche Leben zu beeinflussen. Sie haben nicht wenig zum friedlichen Wandel des Jahres 1989 beigetragen. Die neue Situation erweitert ihre früher sehr begrenzten Möglichkeiten, gleichzeitig aber beinhaltet die Option für die Armen für diese Kirchen im Augenblick noch eine besondere Schwierigkeit. Wer zu sozialetischen Fragen öffentlich Stellung beziehen und politische Forderungen erheben will, benötigt entsprechenden Sachverstand, über den Kirchen als solche nicht ohne weiteres verfügen. Im Westen haben sie dafür meist in Form von Instituten, Kommissionen und sozialetischen

Lehrstühlen geeignete Instrumente schaffen können. Den Kirchen im Bereich des früheren Ostblocks war es in der Vergangenheit untersagt, sich mit politischen und gesellschaftlichen Problemen zu beschäftigen und öffentliche Stellungnahmen zu verfassen, ausser vielleicht zu dem Zweck, die staatliche Politik gutzuheissen. Aus diesem Grund fehlt es ihnen heute weithin an einer ausgearbeiteten Soziallehre, die für ihre Lage zugeschnitten wäre, an ausgebildeten Fachleuten, Forschungseinrichtungen und anderen Mitteln, die notwendig wären, um ihren Auftrag bestmöglich erfüllen zu können.

Ökumenische Hilfe und Erfahrungsaustausch (B24) Die Kirchen in den reicheren Teilen Europas sollten es als ihre Pflicht empfinden, ihre politischen Erfahrungen mitzuteilen und den Aufbau solcher Einrichtungen dort konkret zu unterstützen, wo keine vorhanden sind. Wir brauchen darüber hinaus aber auch grundsätzlich den Austausch von Erfahrungen zwischen West und Ost. Die Erfahrungen mit dem Staatssozialismus auf der einen Seite sowie die Erfahrungen mit dem Werteverelativismus und der Gleichgültigkeit in den liberalen Konsumgesellschaften des Westens haben die Kirchen Europas gelehrt, welche verheerenden Folgen es nach sich zieht, wenn Politik und Wirtschaft moralische Prinzipien ignorieren oder missachten. Diese grundsätzliche Einsicht sollte unseren Blick dafür schärfen, dass es keinen Bereich des menschlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens gibt, in dem die Geltung ethischer Grundprinzipien und Grundwerte ganz oder teilweise ausser Kraft gesetzt werden darf. Gerade auch in wirtschaftlichen Krisen müssen Vorteile und Lasten gerecht verteilt werden.

Widersprüchliche Lage nach 1989 (B25) Die Umwälzungen des Jahres 1989 waren für viele Menschen im früheren Herrschaftsbereich des Realsozialismus mit der Hoffnung verbunden, grössere politische Freiheit und grösseren Wohlstand zu erreichen. Sie glaubten, nun könnten die ungeheuren Militärausgaben drastisch gekürzt und die frei werdenden Mittel für friedliche Zwecke eingesetzt werden. Ausserdem würde die marktwirtschaftliche Ordnung helfen, schnell die katastrophalen Folgen der Planwirtschaft zu beseitigen, kreative Kräfte freizusetzen und auf breiter Basis privates Eigentum zu erwerben oder zu vermehren. Die Wirklichkeit jedoch hat sich inzwischen als weitaus widersprüchlicher erwiesen: unbestreitbar haben sich die politischen Hoffnungen überwiegend erfüllt und die Chancen allgemeinen Wohlstands im Prinzip vielerorts vergrössert. Gleichzeitig hat der wirtschaftliche Strukturwandel in Mittel- und Osteuropa die soziale und ökonomische Lage für weite Teile der Bevölkerung verschlechtert, viele Menschen, vor allem Frauen, arbeitslos gemacht und die Gesellschaft gespalten in eine kleine Klasse von Neureichen und eine breite Mehrheit, die unter einer vorher unbekanntenen Armut leidet. Mafiöse Verhältnisse und Korruption, die Wirkungslosigkeit gesetzlicher Vorschriften und die Wirksamkeit alter Machtcliquen behindern und erschweren den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zusätzlich.

Wirtschaftlicher Strukturwandel als Gefahrenquelle (B26) Auch im übrigen Europa vollzieht sich seit geraumer Zeit ein tiefgreifender Strukturwandel mit dramatischen Konsequenzen. Zwar existieren grosse nationale Unterschiede sowohl hinsichtlich der jeweiligen Situation als auch in bezug auf die Perspektiven künftiger Entwicklung, doch hat sich allgemein eine beängstigend hohe Arbeitslosenquote eingependelt. Während im Osten Systeme sozialer Absicherung oft noch fehlen und unter den gegebenen Bedingungen nur schwer aufgebaut werden können, drohen sie im Westen unter der Last wachsender Probleme zusammenzubrechen. Es geht also um

eine Konvergenz auf unterschiedlichem Niveau, die darauf hinausläuft, sozialen und politischen Sprengstoff anzuhäufen. Der Prozess der Globalisierung der Wirtschaft, der weithin nach neoliberaler Muster abläuft, betrifft in seinen Auswirkungen jedoch nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern verschiebt grundsätzlich die Gewichte zwischen Kapital und Arbeit, gefährdet insgesamt das soziale Klima und untergräbt schliesslich die Bereitschaft, die Kosten für eine wirksame Umweltpolitik zu tragen.

Diskriminierung der Frauen (B27) Den Kirchen obliegt es, den Strukturwandel der europäischen Gesellschaften mit den Augen derer zu betrachten, die darunter zu leiden haben. Die Feststellung erfüllt uns mit Zorn, dass trotz aller Erfolge im Bemühen um Gleichberechtigung die Frauen immer noch vielfach benachteiligt werden. Der Zugang zu gesellschaftlichen Machtpositionen bleibt ihnen, von Ausnahmen abgesehen, nach wie vor weitgehend verwehrt, obwohl sich die Bildungsvoraussetzungen von Frauen und Männern in den meisten Industriestaaten kaum noch unterscheiden. Selbst dort, wo Frauen die berufliche Gleichstellung mit Männern geglückt ist, müssen sie dafür oft einen hohen Preis bezahlen und in der Regel eine grössere Belastung tragen als Männer. Nur äusserst selten finden sich in der Familienpolitik, in Wirtschaft und Verwaltung ernsthafte Versuche, die Möglichkeiten für eine gerechtere Lastenverteilung zu verbessern. Die Bereitschaft der Männer, ihr Rollenverhalten ernsthaft in Frage zu stellen, lässt immer noch deutlich zu wünschen übrig. Aber damit nicht genug: die verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert die Situation der Frauen zusätzlich. Ihre ohnehin im Durchschnitt niedrigeren Löhne werden noch weiter nach unten gedrückt, sie werden früher entlassen oder zurückhaltender eingestellt. Im Ergebnis handelt es sich um eine Feminisierung der Arbeitslosigkeit. Wir empfinden diesen hier nur angedeuteten Zustand als skandalös, zumal dann, wenn Kirchen sich ähnlicher Praktiken schuldig machen, obwohl doch das kirchliche Leben überall in hohem Masse von Frauen getragen wird.

Lage der Heimatlosen als Paradigma (B28) Wie durch ein Brennglas bündeln sich zahlreiche Probleme Europas im Schicksal derjenigen Menschen, die aus einem schwerwiegenden Grund ihre Heimat verlassen mussten. Die Flüchtlingsfrage gehört zur Signatur des 20. Jahrhunderts und verspricht zu einer Schicksalsfrage der Menschheit zu werden. Obgleich sich die weitaus überwiegende Mehrheit von Flüchtlingen in Ländern der sogenannten Zweidrittel-Welt aufhält, befinden sich auch in Europa in beachtlichem Umfang Menschen auf der Flucht. Allein der Krieg im früheren Jugoslawien hat Hunderttausende ihrer Heimat beraubt und in alle vier Winde verstreut. Neben dem Krieg sind es vor allem Verfolgung und Unterdrückung, Armut und Perspektivlosigkeit, die Menschen zum Aufbruch zwingen oder bewegen. Im Mittelpunkt dieser Wanderungsbewegung, die überwiegend aus den armen Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und zunehmend auch aus Osteuropa gespeist wird, stehen die wohlhabenden Länder West- und Nordeuropas. Sie begegnen den Migranten und Flüchtlingen in der Regel misstrauisch und abweisend. Besonders der Begriff Armutsflüchtling hat sich mancherorts fast in ein Schimpfwort verwandelt. Eine gerechte und menschenwürdige Politik der Asylgewährung und Einwanderung im nationalen und supranationalen Rahmen scheitert aus vielen Gründen, während intensiv daran gearbeitet wird, die einzelnen Staaten und die westeuropäische Staatengemeinschaft nach aussen hin abzuschotten. So führen uns die Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie die Migrantinnen und Migranten trotz ihrer sehr unterschiedlichen Lage in ihrer Gesamtheit vor Augen, dass die reichen Staaten Europas sich in Fragen des gerechten Ausgleichs

untereinander und mit anderen Teilen der Welt erschreckend kraftlos und egoistisch verhalten.

Kritik des Egoismus und Bekräftigung der Sozialverpflichtung des Eigentums

(B29) Selbstverständlich kennen auch Christinnen und Christen keine Patentrezepte zur Lösung hochkomplexer Probleme, ja wir warnen nachdrücklich davor, Personen oder Gruppen Glauben zu schenken, die einfache Lösungen anpreisen. Solche Verheissungen sind immer trügerisch und gefährlich. Meist dienen sie nur dazu, von der eigenen Verantwortung abzulenken und andere zu Sündenböcken abzustempeln. Auf der anderen Seite gibt es nach unserer Überzeugung die Realität der Sünde, die sich im individuellen Verhalten zeigt und manchmal auch strukturell manifestiert und verfestigt. Die Kirchen würden sich schuldig machen, wollten sie dazu schweigen. Wir wenden uns deshalb mit Entschiedenheit gegen jede Tendenz, den Egoismus als Erfolgsrezept oder Überlebensugend zu verherrlichen. Es gibt legitime Interessen und rechte Selbstliebe, doch Egoismus ist ausnahmslos verwerflich. Deshalb darf auch unser Bekenntnis zur humanen Qualität einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Unterschied zur Planwirtschaft auf keinen Fall als moralischer Freibrief für hemmungslose Bereicherung und rücksichtslosen Konkurrenzkampf missdeutet werden. Wir halten das Recht auf Eigentum für ein Menschenrecht, pochen aber unnachgiebig darauf, dass dieses Recht für alle Menschen gilt und dass Eigentum dazu verpflichtet, soziale Verantwortung wahrzunehmen. Wir sehen besorgt, dass der internationale Charakter der Finanzmärkte es immer mehr Geldeigentümern ermöglicht und erleichtert, sich dieser Verantwortung zu entziehen, und dass manche Staaten daraus grossen Nutzen ziehen. Die Grenzenlosigkeit der Geldströme erfordert daher internationale politische Absprachen und Verträge. Die Politik darf nicht einfach kapitulieren, wenn nationale Kontrollen nicht mehr greifen können.

Notwendigkeit des Teilens von Macht (B30) In den reicheren Ländern West- und Nordeuropas hält sich hartnäckig die Erwartung, eine Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung werde mittel- oder langfristig die jetzt bedrängenden sozialen Probleme lösen. Das trifft sicherlich insoweit zu, als ohne leistungsfähige Wirtschaft in der Tat soziale Leistungen unbezahlbar werden. Wir halten es jedoch für eine gefährliche Illusion, allein auf den wirtschaftlichen Fortschritt zu vertrauen und dabei zu verdrängen, dass die Lösung der sozialen Probleme in Europa unmöglich ist ohne die Bereitschaft, Besitz miteinander zu teilen. Wir meinen damit jede Form von Besitz, nicht nur finanziellen Reichtum, sondern auch den Besitz von Arbeit, von Zeit, von Wissen, von Technik. Das grundlegende Problem, um das es hier geht, ist das Problem der Macht und des Teilens von Macht. Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass eine ungerechte Machtverteilung gleichbedeutend ist mit der Verweigerung von Lebenschancen. Ohnmacht bedeutet, aus dem Lebenskreislauf der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein. Einer wachsenden Zahl von Menschen, vor allem von Jugendlichen, einerseits beständig die Verlockungen der Konsumwelt vorzuführen, ihnen aber gleichzeitig den Weg zu verbauen, an Macht und Wohlstand teilzuhaben, schürt einen gerechten Zorn, besonders aber eine untergründige Wut, die sich nur zu leicht in spontanen Gewaltausbrüchen entlädt. Wir beobachten dafür bereits jetzt besorgniserregende Anzeichen und warnen davor, darauf vorwiegend mit staatlicher Gegengewalt zu reagieren, ohne nach mehr Gerechtigkeit zu streben.

Soziale Verantwortung im gemeinsamen Haus Europa (B31) Die Ökumenische Versammlung von Basel hat gesagt: In einem gemeinsamen Haus gibt es

gemeinsame Verantwortungen. Es darf nicht zugelassen werden, dass sich die Lage einiger Teile verschlechtert, während andere in Luxus glänzen. In einem gemeinsamen Haus wird das Leben vom Geist der Zusammenarbeit und nicht der Konfrontation bestimmt (Nr. 66). Wir bekräftigen diese Aussage, denn sie scheint uns heute noch sehr viel wichtiger als damals. Wenn die Europäer gegenüber dieser gemeinsamen Verantwortung versagen, stehen bald - im Osten wie im Westen - nicht nur der soziale Frieden, sondern auch die demokratische Ordnung auf dem Spiel, und es wird unmöglich werden, eine zivile Gesellschaft zu erhalten oder aufzubauen. Gerechtigkeit schafft Frieden und ist eine der tiefsten Quellen versöhnten Lebens. Die Kirchen brauchen deshalb eine eigene und gemeinsame Europa-Politik, die einerseits die Europäische Union fördern und andererseits die Notwendigkeit einer europäischen Sozialpolitik einfordern muss. Beides betrifft im Augenblick vorrangig die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung, der für die künftige Entwicklung unseres Kontinents eine geradezu schicksalhafte Bedeutung zukommen dürfte. Denn an ihrer konkreten Gestaltung wird sich entscheiden, inwieweit sich die Bestrebungen nach einem demokratischen Europa in Solidarität und Gerechtigkeit mit Leben füllen lassen. Der Prozess der Ausweitung vorwiegend westeuropäischer Institutionen bringt eine neue Gefahr der Ausgrenzung hervor. Die Kirchen Europas müssen darauf beharren, dass Europa wirklich das ganze Europa (und nicht bloss Westeuropa) bedeutet. Darauf beruht auch die Bedeutung der OSZE, die als einzige Organisation sämtliche europäische Staaten umfasst. Die Integration ost- und mitteleuropäischer Länder in westeuropäische Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen läuft Gefahr, neue Formen der Ungerechtigkeit und Randständigkeit zu erzeugen.

Engagement für die Versöhnung in und zwischen den Völkern und Nationen und Stärkung gewaltfreier Formen der Konfliktbewältigung

Versöhnung, Dialog und Gewaltverzicht (B32) Im Abschlussdokument der Ökumenischen Versammlung von Basel nahmen die Überlegungen zur Friedens- und Sicherheitspolitik breiten Raum ein. Sie drückten den wachsenden Wunsch aus, die Trennungen in Europa zu überwinden. Die Vision demokratischer und gewaltloser Transformation wurde als Hoffnung für die Zukunft formuliert. Zivilgesellschaftliches Engagement fügte dem Entspannungsprozess eine neue Dimension hinzu (vgl. Nr. 59). Da aber Transformationsprozesse immer wieder auch Konflikte enthalten, betonte das Basler Dokument: "Lassen wir diesen Prozess der Wandlung zu einem Prozess der Versöhnung werden" (Nr. 62). Als einen Weg zur Versöhnung empfahl die Basler Versammlung den Dialog über den entzweierenden Graben in Europa hinweg (Nr. 60). Als entscheidende Voraussetzung für Dialog und Versöhnung wurde der grundsätzliche Verzicht auf Gewalt gefordert. Denn: In unseren Ländern oder auf unserem Kontinent gibt es keine Situation, die einen Einsatz von Gewalt verlangen oder rechtfertigen würde (Nr. 61).

Erfahrungen nach 1989 (B33) Der grosse Weltkrieg blieb aus, allerdings auch der grosse Friede. Die Gründe für die Angst, dass Europa sich in ein atomares Inferno verwandeln könne, haben sich verringert. Stattdessen aber kehrte der konventionelle Krieg nach Europa zurück, begleitet von unvorstellbarer Brutalität, von Raub, Vergewaltigung, Vertreibung und "ethnischen Säuberungen". Der Gesamteindruck verdüstert sich durch die Bilder von Hunger, Völkermord und Flüchtlingselend, die uns aus anderen Teilen der Welt erreichen. Noch immer nutzt politische Macht den

Krieg als Instrument zur Durchsetzung oder Absicherung ihrer Interessen. Die meisten Menschen fühlen sich in dieser Situation hilflos und ratlos. Viele Christinnen und Christen fragen sich, was angesichts dessen die vorrangige Option für die Gewaltfreiheit bedeutet. Unser Glaube erlaubt jedoch weder Resignation noch Zynismus. Deshalb bekräftigen wir im Anschluss an Basel, dass wir in unseren Ländern und auf unserem Kontinent daran mitwirken müssen, keine Situationen zuzulassen, die einen Einsatz von Gewalt verlangen oder rechtfertigen könnten. Deshalb ist vor allem eine kohärente und konsequente Friedenspolitik notwendig. Auf der Ebene bestehender Institutionen (EU, NATO, Europarat, OSZE) wird es darum gehen müssen, die Veränderung ihrer Aufgaben im Licht einer zukunftsorientierten, gesamt europäischen Sicherheits- und Friedenspolitik zu beurteilen. Die Erweiterung von Institutionen darf keine neuen Spannungen provozieren, die ein Europa umfassendes, OSZE-weites Sicherheitskonzept behindern. An der Politik der Abrüstung muss konsequent festgehalten werden. Friedenspolitik verlangt heute darüber hinaus die Vorbeugung gegen Konflikte und die Förderung einer vertrauensvollen Kultur der Verständigung. Dabei können insbesondere zivile Organisationen, Friedensdienste und auch die Kircheneinheiten entscheidenden Beitrag leisten.

Rolle der Kirchen in Konflikten (B34) In einer Vielzahl von gewaltsamen Konflikten spielen neben ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen ethnische und religiöse Faktoren eine Hauptrolle, und zwar in jeder Phase des Konfliktverlaufs. Gerade bei Bürgerkriegen, die in der Regel durch besondere Grausamkeit gekennzeichnet sind, fällt es schwer, das Zusammenwirken und die politische Funktionalisierung der verschiedenen Elemente zu durchschauen. Auch das Verhalten von Religions- und Konfessionsgemeinschaften bietet kein einheitliches Bild. Selbst innerhalb einer Religion oder Kirche können in bezug auf denselben Konflikt gegensätzliche Positionen eingenommen werden. So werden Religionen und Kirchen zum Teil des Problems. Umso wichtiger ist es, die oft ungeklärten Verhältnisse von Religion, Kirche, Volk und Nation zum Thema zu machen und besonders die Beziehung zwischen religiöser und ethnischer Identität zu reflektieren sowie aus den gewonnenen Einsichten praktische Konsequenzen zu ziehen. Mit Hilfe anerkannter Verfahren neutraler Mediation sollten alle am Konflikt Beteiligten sich verpflichten, zu einer einvernehmlichen Klärung ihrer Positionen zu gelangen. Dieses könnte schon im Vorfeld von Konflikten zur Entschärfung der Situation führen. Religionen und Kirchen werden in ihrer Glaubwürdigkeit an dem gemessen, was sie im Vorfeld von Konflikten zur Problemlösung beitragen. Ihre Aufgabe zur Versöhnung beginnt hier und nicht erst, wenn die militärische bzw. gewalttätige Phase des Konfliktes beendet ist.

Wachsende Bedeutung ziviler Konfliktlösungen (B35) Kriege des klassischen Typs als Kriege zwischen souveränen Staaten haben seit dem Zweiten Weltkrieg deutlich abgenommen. Stattdessen hat die Zahl gewaltsamer Konflikte mit oder ohne Beteiligung regulärer Streitkräfte, die innerhalb eines Staates oder grenzüberschreitend ablaufen, erheblich zugenommen. Aus diesem Befund ergeben sich zwei sicherheits- und friedenspolitische Konsequenzen. Die internationale Integration von Streitkräften hat sich als ein wichtiges Instrument zukunftsorientierter Militär- und Sicherheitspolitik erwiesen. Die Bedeutung der Konfliktvorbeugung und nichtmilitärischer Mittel und Massnahmen der Konfliktbearbeitung darf nicht länger marginalisiert, sondern muss ins Zentrum politischen Handelns gerückt werden. Da das Völkerrecht jeden Angriffskrieg verbietet und den Verteidigungskrieg nur

eingeschränkt erlaubt, ist jede rechtlich und moralisch vertretbare Sicherheitspolitik darauf auszurichten, den Nationalstaaten die Fähigkeit zu nehmen, eigenständig Krieg zu führen. Als Ausgleich müssen globale und regionale kollektive Sicherheitssysteme (UN, NATO, OSZE, Europarat) unter besonderer Betonung ihrer friedenserhaltenden und friedensfördernden Aufgaben gestärkt werden.

Konfliktverhütung und gewaltfreie Konfliktschlichtung (B36) Stärkeres Gewicht als jemals zuvor ist aber vor allem auf die Instrumente der Konfliktverhütung und der gewaltfreien Konfliktschlichtung zu legen. Gerade die jüngsten Beispiele militärischer Auseinandersetzungen innerhalb und ausserhalb Europas haben eindringlich gezeigt, dass jenseits der Schwelle offener Gewaltanwendung sich eine Intervention von aussen als äusserst schwierig darstellt. Friedenspolitisch kommt es deshalb darauf an, diese Gefahr rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Dabei behält die klassische Diplomatie ihre unverzichtbare Funktion. Dringlich muss sie aber konzeptionell und praktisch ergänzt werden durch Instrumente nichtstaatlicher Politik, deren Charakter zivilgesellschaftlich ist. Hier kommt den Kirchen eine bedeutsame Rolle zu. Sie sind sowohl national verankert als auch international verknüpft. Die ökumenische Gemeinschaft ist auch eine Art seismographisches System, das gesellschaftliche Erschütterungen registrieren, Informationen sammeln und an die entscheidenden Stellen leiten kann. Sie kann und muss auch selbst in Krisensituationen aktiv werden, sei es in der Form kirchlicher Diplomatie oder durch aktive gewaltfreie, demonstrative symbolische Aktionen.

Ökumene und Völkerverständigung (B37) Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Bewegung für Praktisches Christentum ins Leben gerufen, um aus dem erschütternden Versagen der Kirchen zu lernen und sie besser zum Dienst an der Völkerverständigung, zu befähigen. Tatsächlich wurde danach ein Netzwerk ökumenischer Kontakte zwischen Personen, Gemeinden und Kirchen geknüpft, das sogar während des Zweiten Weltkrieges und später im Kalten Krieg die Kluft zwischen den verfeindeten Lagern überspannte und unersetzliche Dienste leistete. Heute existiert ein Netzwerk von tausenden von Kontakten und Partnerschaften zwischen Gemeinden in Ost und West und Nord und Süd in Europa. Viele kirchliche Laienorganisationen, Dienste und Werke haben ebenfalls eine aktive Rolle in der Verständigung zwischen den Völkern und Kirchen übernommen. Diese Aktivitäten bilden die Basis des ökumenischen Engagements im europäischen Versöhnungsprozess. Sie sollten auf die Anerkennung ihrer Kirchen und der Öffentlichkeit insgesamt zählen dürfen. Ebenso bemühen sich der Ökumenische Rat der Kirchen, die Konferenz Europäischer Kirchen, der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen und einzelne Kirchen darum, in europäischen Konfliktregionen zu vermitteln. All dies ist auf die unbeirrbar Überzeugung angewiesen, dass die Zusammengehörigkeit des Volkes Gottes die Grenzen zwischen den Völkern überschreitet und nationale wie ethnische Loyalität der ökumenischen Gemeinschaft als sichtbarem Ausdruck der Einheit des Leibes Christi nachrangig ist.

Der Einsatz der Kirchen für die Opfer der Barbarei (B38) Nationale und ethnische Konflikte haben zumeist einen wirtschaftlichen oder politischen Hintergrund, sind aber ihrer Eigenart nach vor allem Identitätskonflikte. In der Friedensforschung heisst es, sie seien deshalb besonders schwer unter Kontrolle zu bringen und beizulegen, weil sich über Identität nicht oder kaum verhandeln lässt. Ökonomische oder politische Interessensgegensätze können erfahrungsgemäss leichter durch Konsens und Kompromiss aufgelöst oder ausgeglichen werden. Bei der Angst vor dem Verlust

der eigenen Identität spielen meist geschichtliche Erinnerungen, kollektive Traumata und nationale Mythen eine zentrale Rolle und verleihen Identitätskonflikten eine über das Politische weit hinausreichende kulturelle Dimension. Gewalt, die sich gegen die Identität von Personen und Gruppen richtet, nimmt fast zwangsläufig barbarische Formen an. Ritualisierte Akte der Demütigung, vor allem die Schandtät organisierter Vergewaltigung, aber auch die gezielte Zerstörung von Gottesdienststätten, Bibliotheken, Denkmälern oder anderen Symbolen einer ethnischen, nationalen oder religiösen Kultur etc. dienen dazu, die betroffenen Menschen ihrer menschlichen Würde zu berauben. Wo das geschieht oder geschehen ist, müssen sich die Kirchen unzweideutig auf die Seite der Opfer stellen, um ihre Würde zu verteidigen oder ihnen zu helfen, ihre Würde wieder zu gewinnen. Kirchen müssen im wörtlichen und übertragenen Sinn des Wortes Räume schaffen für die Opfer, in denen sie ihr Leid still, schreiend oder klagend vor Gott bringen oder anderen Menschen erzählen können. Den Opfern gebührt immer das erste Wort, erst dann können auch die Täter erwarten, Gehör zu finden. Auch das muss allerdings sein. Denn niemand verliert jemals den Anspruch, gerecht behandelt zu werden. Die Kirchen können kein Recht sprechen und darum weder Kriegsverbrechen ahnden noch andere Verbrechen, die etwa während einer Diktatur verübt wurden. Sie können aber neben der Seelsorge an Opfern und Tätern mithelfen, die rechtliche Behandlung von Verbrechen durch die nationale und internationale Gerichtsbarkeit zu erreichen. Die Kirchen sollten sich dafür einsetzen, Wahrheits- und Versöhnungskommissionen auf den nationalen wie lokalen Ebenen zu initiieren und mitzutragen, und für ihre Arbeit den institutionell notwendigen Rahmen zu schaffen.

Schalom-Dienste (B39) Die Versammlung von Basel hat einen Grundsatz formuliert, der das Leitprinzip künftiger Friedenspolitik sein sollte: Gewaltlosigkeit muss als aktive, dynamische und konstruktive Kraft verstanden werden, die von der unbedingten Achtung vor der menschlichen Person ausgeht (Nr. 86). Von diesem Geist muss alles Handeln beseelt sein, das Wege der Versöhnung öffnen will, selbst der Dienst von Soldaten. Gewaltlosigkeit ist ein Wesenselement der Lehre und des Zeugnisses von Jesus Christus. Die Weigerung, tötende Gewalt anzuwenden, verdient den Respekt und Beistand aller Kirchen. Dies gilt auch für die konstruktive Rolle, die Frauen in Friedens- und Versöhnungsprozessen immer wieder unter Beweis stellen. Das Engagement der Kirchen für nichtmilitärische Konfliktlösungen, vorbeugende Massnahmen und Versöhnungsarbeit in politischen, sozialen, ethnischen oder religiösen Spannungsfeldern verlangt eine grosse Anzahl von Personen, die in Grundhaltungen und Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung geschult sind. In Basel wurde deshalb angeregt, die Kirchen sollten ökumenische Schalom-Dienste bilden, um Männern und Frauen die Gelegenheit zu bieten, sich für die Völkerverständigung zu engagieren (vgl. Nr. 80). Einige Initiativen haben begonnen, diesen Vorschlag umzusetzen. Nun ist es Zeit, dass die Kirchen auf der Basis der vorhandenen Erfahrungen Rahmenbedingungen schaffen, die die Ausbildung und Arbeit von Friedensmissionen (Peace Teams), Friedensfachdiensten (Peace Ministries) und Zivilen Friedensdiensten (Civil Peace Services) in breiterem Umfang ermöglichen. Dabei sollen solche Dienste auch als Ersatz für den Militärdienst gelten können. Es ist eine realistische Perspektive für uns, dass in den nächsten Jahren in allen europäischen Ländern Zentren in kirchlicher Trägerschaft entstehen, die neben einer praktischen Ausbildung auch der spirituellen Einübung in den Geist der Gewaltlosigkeit dienen.

Neue Praxis ökologischer Verantwortung, jetzt und im Hinblick auf kommende Generationen

Warten der Schöpfung auf Vollendung (B40) Die Ökumenische Versammlung von Basel hat mit Recht die europäischen Kirchen daran erinnert, dass die Friedensverheissung Gottes keineswegs nur dem Menschen, sondern der ganzen Schöpfung gilt (vgl. Nr. 26). Die überströmende schöpferische Lebensfülle des dreifaltigen Gottes und die alles verwandelnde Kraft von Gottes Barmherzigkeit bringt beständig die staunenerweckende und geheimnisvolle Welt der geschöpflichen Wirklichkeit hervor und durchdringt sie, um sich in ihr immer klarer und herrlicher auszudrücken. Basel sagte: "Gemeinsam mit der ganzen Schöpfung warten wir, dass uns diese zukünftige Herrlichkeit offenbart werde, und wir wissen, dass erst dann unsere Sünde endgültig besiegt sein wird. Aber wir wissen auch, dass diese Zukunft bereits hier und jetzt in unserem Leben auf Erden begonnen hat. Deshalb ist es unsere wichtigste Aufgabe, hier und jetzt Gottes Frieden und Gerechtigkeit zu suchen - im Bewusstsein unserer Solidarität mit der ganzen Schöpfung Gottes" (Nr. 27).

Ursprüngliche religiöse Ehrfurcht gegenüber der Schöpfung (B41) Von der inneren, gleichsam geistlichen oder sakramentalen Dimension der Welt, in der wir leben, wissen alle Religionen in irgendeiner Weise. Schon früh erfuhren sie voll Ehrfurcht in der gewaltigen Schönheit des Kosmos oder der schier unzerstörbaren Lebenskraft der Erde die Grösse und Lebendigkeit des Göttlichen. Auch in den weisheitlichen Traditionen des ersten Testaments, bei Paulus im zweiten Testament und in einer Fülle von Zeugnissen patristischer Theologie begegnet uns diese Haltung der Ehrfurcht, des Staunens und der Freude angesichts des göttlichen Schöpfungswerkes. Es blieb späteren Generationen vorbehalten, diese Spur fast zu vergessen oder zu verwischen und den jüdischen und christlichen Schöpfungsglauben in eine religiöse Rechtfertigung menschlicher Naturbeherrschung umzudeuten, die keine Schranken kennt. Dieses Missverständnis unserer eigenen Überlieferung hat nicht nur dazu geführt, die Weisheit anderer Religionen und Kulturen gering zu achten und oft auch deren Überlieferung zu vernichten. Sie hat ausserdem dazu beigetragen, die masslose Zerstörung der Natur zu legitimieren, deren Zeuginnen und Zeugen wir alle sind.

Neuzeitliche Wissenschaftsgläubigkeit (B42) Die moderne Naturwissenschaft lebt wesentlich von der "Entzauberung der Natur", die vor allem in der jüdisch-christlichen Tradition in Gang gesetzt wurde, und hat sich zu einem der bedeutsamsten Mittel menschlicher Naturbeherrschung entwickelt. Die segensreiche Wirkung ihrer Erkenntnisse und ihrer technischen Nutzung in vielen Bereichen des menschlichen Lebens kann niemand im Ernst leugnen wollen. Doch spätestens seit der Entdeckung der Atomenergie erwachte im allgemeinen Bewusstsein ein Gespür für die Zwiespältigkeit dessen, was früher stolz als "der wissenschaftlich-technische Fortschritt" gefeiert wurde. Er hat sowohl im Bereich der planwirtschaftlich als auch im Bereich der marktwirtschaftlich geprägten Länder zu grossen ökologischen Verwüstungen geführt. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme rücken die ökologischen Notwendigkeiten weiter in den Hintergrund.

Schönheit der Schöpfung (B43) Bei aller Kritik an der Wissenschaft dürfen wir nicht vergessen, was wir ihr verdanken. Wir meinen damit nicht nur die praktischen Erleichterungen des Lebens durch die Technik oder die Leistungen der Medizin. Die moderne Forschung öffnet uns auch auf ganz neue Weise die Augen für die Wunder der Schöpfung und nicht zuletzt für ihre ästhetische Qualität. Die Raumfahrt hat uns erstmals in der Menschheitsgeschichte einen Blick auf unseren eigenen Planeten ermöglicht, und die Astronomie liefert tagtäglich Bilder von atemberaubender Schönheit. Je mehr wir in mikroskopische Tiefen eindringen oder in astronomische Weiten vorstossen, desto klarer wird uns, wie sehr die Schöpfung unsere Fassungs- und Vorstellungskraft übersteigt. Wir als gläubige Menschen können nicht anders, als darin ein Gleichnis für die überwältigende, alles überstrahlende Grösse und Herrlichkeit Gottes zu sehen. Daher gibt es aus unserer Sicht keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Wissenschaft und Glauben. Richtig verstanden, kann uns die Wissenschaft helfen, die ästhetische und spirituelle Dimension der Natur auf eine Weise zu erfahren, die uns modernen Menschen und gleichzeitig alter Weisheit entspricht. Es handelt sich also darum, unser einseitiges Verhältnis zur Schöpfung zu korrigieren und im präzisen Sinn des Wortes mehr in ihr sehen zu lernen als nur den Gegenstand unseres Wissensdurstes oder das Objekt profitabler Ausbeutung.

Überforderung unserer Verantwortlichkeit (B44) Ein Blick auf die Kulturgeschichte zeigt, dass Menschen von Anfang an versucht haben, sich auch vor den Bedrohungen zu schützen, die von der Natur ausgehen, und die Kräfte der Natur für sich zu nutzen. Selbst wenn sie aus einem Geist ehrfürchtiger Naturverbundenheit entsprungen sein mögen, sind wesentliche Kulturleistungen wie die Erfindung des Ackerbaus häufig Eingriffe in die Natur mit manchmal nachteiligen Folgen, die allerdings selten so dramatisch in Erscheinung getreten sind wie heute. Wenn die moderne Wissenschaft und Technik diese Situation dennoch einschneidend verändert haben, so offenbar deshalb, weil sich mit ihrer Hilfe die Reichweite des menschlichen Handelns immer drastischer verstärkt hat. Die Folgen unseres Handelns überschreiten immer häufiger den räumlichen und zeitlichen Horizont, den wir als Handelnde zu überschauen vermögen. Darin liegt nicht zuletzt die besondere Gefährlichkeit der Atomenergie, gleichviel, ob sie militärischen oder friedlichen Zwecken dient. Doch lehrt dieses Beispiel nur einen allgemeinen Sachverhalt, der völlig neue moralische Fragen aufwirft. Das Kriterium der Korrigierbarkeit bringt die Verantwortung der jetzt lebenden Generation gegenüber den kommenden Generationen zum Ausdruck: Wir müssen unterlassen, was die Lebensmöglichkeiten kommender Generationen stark einschränkt oder bedroht. Die Entdeckung einer notwendigen Solidarität mit den Nachgeborenen deckt sich mit der Erkenntnis des christlichen Glaubens, derzufolge die Schicksalsgemeinschaft der Schöpfung Gottes nicht allein die Lebenden umfasst, sondern alle, die vor uns gelebt haben oder nach uns kommen. Sie umfasst auch alle Mitgeschöpfe.

Bewahrung der Schöpfung (B45) Die Geschichte lehrt, dass die christlichen Kirchen das notwendige Umdenken bei sich selbst beginnen müssen. Einmal mehr brauchen sie dazu das ökumenische Gespräch, um jene Elemente in den verschiedenen christlichen Traditionen neu zu entdecken und wiederzubeleben, die uns helfen, unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung besser zu verstehen und wahrzunehmen. Die Verantwortung des Menschen gegenüber dem Schöpfer einzuschärfen, scheint der richtige Weg zu sein, einen engen Anthropozentrismus zu überwinden. Andere Ansätze, zumal aus nichtchristlichen Religionen, betonen mehr die Heiligkeit allen Lebens oder die Verbundenheit des Menschen mit der Natur. Auc

h die ökologische Forschung akzentuiert vor allem den wechselseitigen Zusammenhang, der in und zwischen den verschiedenen Ökosystemen besteht. Aus unserer Sicht kommt es darauf an, sich bewusst zu machen, dass die ökologische Verantwortung des Menschen nicht ausreichend begründet wird, wenn sie nur mögliche negative Folgen des menschlichen Handelns für den Menschen selbst in den Blick nimmt. Schon der Begriff "Umwelt" ist deshalb nur mit Vorsicht zu gebrauchen. Der Begriff der "Bewahrung der Schöpfung", der zur Trias des ökumenischen Prozesses gehört, will gerade darauf aufmerksam machen, dass der Schöpfung insgesamt ein vom Menschen unabhängiger, allein im Willen des Schöpfers verankerter Wert zukommt, den alles menschliche Denken und Handeln zu respektieren hat. Die bei der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (1992) beschlossene Agenda 21 stellt einen international vereinbarten Handlungsrahmen dar, der jetzt lokal, regional und national auf seine Umsetzung wartet. Dazu sollen Leitbilder und Rahmenpläne konzipiert werden, die eine nachhaltige Entwicklung von Kommunen und Regionen im 21. Jahrhundert gewährleisten, um der Verantwortung vor den zukünftigen Generationen gerecht zu werden. Der konziliare Prozess der Kirchen, der in den frühen 80er Jahren begann, hat im Agenda 21-Prozess seine politische Entsprechung gefunden. Christliche Initiativen, Gruppen und Organisationen können im gemeinsamen ökumenischen Vorgehen auf lokaler, nationaler und gesamteuropäischer Ebene zu Kristallisationskernen werden und Synergieeffekte unserer Gesellschaften freisetzen.

Paradigma Artenvielfalt (B46) Es mag hilfreich sein, aus der fast unüberschaubaren Fülle ökologischer Themen zwei herauszugreifen, um zu verdeutlichen, was uns wichtig ist. Wir nennen zuerst das Problem der Artenvielfalt. Die Weltversammlung der Christen in Seoul für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hat wiederholt, was die Versammlung von Basel bereits gefordert hatte, nämlich die Bestrebungen zum Schutz der Artenvielfalt zu unterstützen. Die Weltkonferenz von Rio de Janeiro hat 1992 eine Konvention zum Schutz der Artenvielfalt verabschiedet. Dennoch verschlechtert sich die Situation: 50 bis 100 Arten verschwinden pro Tag hauptsächlich im tropischen Regenwald. Dadurch wird die Schöpfungsordnung massiv gestört. Auch Europa ist betroffen: die intensive Land- und Forstwirtschaft, der verschwenderische Umgang mit Boden, die Zerstörung von Feuchtgebieten tragen dazu bei, dass die Artenvielfalt abnimmt. Abgesehen von den ökologischen und ökonomischen Konsequenzen des Artensterbens ist es uns wichtig, auf den Respekt vor der Artenvielfalt und auf die Freude, die die Menschen daran haben können, hinzuweisen. Im Schlussdokument von Basel heisst es kurz: "Für uns als Christen zeigt sich in der Artenvielfalt die Freigiebigkeit unseres Schöpfers" (Nr. 87). Das wird Menschen, die unseren Glauben nicht teilen, schwerlich überzeugen, aber vielleicht dürfen wir sie dennoch bitten zu bedenken, ob nicht der Reichtum der Natur einen eigenen Wert darstellt, für den wir eintreten müssen, sobald wir ihn einmal erkannt und erfahren haben.

Paradigma Klimaschutz (B47) Seit Urzeiten haben die Menschen auf dieser Erde ihre Abhängigkeit vom Wetter als eine Gegebenheit von elementarer Zweideutigkeit erlebt: die Sonne lockt das Grün der Blume hervor, aber sie verbrennt auch das Gras. Das Wasser befeuchtet die Erde, aber es kann sie auch fortreißen. Die Verehrung der Naturkräfte ging deshalb Hand in Hand mit der Angst vor den Naturgewalten. Wissenschaft und Technik halfen, diese Angst zu bewältigen, indem sie dazu beitrugen, die Naturgewalten zu bändigen und menschlichen Interessen dienbar zu machen. Das Gefühl für die Unendlichkeit des Raumes verführte

die Menschen dazu, sich über die langfristigen Auswirkungen ihres Handelns auf den Boden, die Luft oder das Wasser keine Gedanken zu machen. Allmählich aber wird uns klar, dass viele Naturkatastrophen eigentlich keine Naturkatastrophen, sondern katastrophale Folgeerscheinungen menschlicher Unternehmungen sind, unter denen Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Tourismus die grösste Rolle spielen. Es steht heute fest, dass wir Menschen tatsächlich die klimatischen Bedingungen unseres Planeten verändern, ohne die wahrscheinlich verheerenden Folgen auch nur überblicken, geschweige denn korrigieren zu können. Unser auf Naturbeherrschung angelegtes Handeln stösst hier endgültig an eine prinzipielle Grenze. Diese Einsicht macht uns deutlich, dass wir den Respekt gegenüber den grundlegenden Bedingungen unseres Lebens, die ausserhalb unserer Macht stehen und die wir Christinnen und Christen als von Gott gesetzt begreifen, wiedergewinnen müssen.

Ökologisches Bewusstsein und ökologisches Fehlverhalten (B48) Das ökologische Bewusstsein in der Gesellschaft und in den Kirchen hat in den letzten Jahrzehnten deutliche Fortschritte gemacht, die dankbar zu begrüssen sind. Es ist in gewissem Sinne müssig, darüber nachzudenken, ob die Kirchen dabei eine Vorreiterrolle gespielt haben oder nicht. Viel entscheidender ist, dass auf nicht wenigen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ein grösserer Widerspruch existiert zwischen dem Bewusstsein und dem tatsächlichen Verhalten. Die Kirchen machen hierbei keine Ausnahme. Eine lange Liste von Deklarationen, Proklamationen und Konventionen zeugt von guten Einsichten und Absichten, ohne dass sie bisher eine grundsätzliche Kehrtwende zu erzeugen vermochten. Inzwischen mehren sich im Gegenteil die Anzeichen dafür, dass der wirtschaftliche Druck den Aspekt ökologischer Verantwortung überall wieder in den Hintergrund drängt. Wir halten das aus ethischen, aber auch aus ökonomischen Gründen für kurzfristig, denn spätestens die kommenden Generationen werden für unser Fehlverhalten büssen und bezahlen müssen. Mit ökologischen Schönheitsreparaturen ist es längst nicht mehr getan. So schwer es uns auch fällt, das zu begreifen: Wir sind herausgefordert, unsere gesamte Wertordnung zu verändern. Unser gegenwärtiger Lebensstil und unsere gesellschaftlichen Grundwerte entsprechen unseren unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen. Zu einem schöpfungsgerechten Lebensstil und einer schöpfungsgerechten Gesellschaftsordnung gehört deshalb eine schöpferische Neuordnung unseres Wertsystems: In Ausübung seiner Verantwortung hat der Mensch Rücksicht zu nehmen auf den Eigenwert der Mitwelt, der auf dem Willen des Schöpfers gründet.

Gerechter Ausgleich mit anderen Weltreligionen

Verantwortung Europas (B49) Als 1989 in Basel eine ökonomische und soziale Reorganisation im globalen Nord-Süd-Verhältnis gefordert wurde, die Gerechtigkeit zum Orientierungsmassstab hat, konnte noch nicht das Ausmass der Veränderungen im Ost-West-Verhältnis vorhergesehen werden. Die Bipolarität zwischen West und Ost hatte auch das Nord-Süd-Problem mitbestimmt. Jenseits dieser Bipolarität stellen sich viele Fragen neu. Aber auch die schon existierenden Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten blieben bestehen oder verschärften sich sogar noch. Europa hat eine eigene Verantwortung für die Lösung des Problems der ungerechten Ungleichheiten und Verteilungsdefizite in der Welt von heute. Es kann nicht isoliert beiseite stehen oder sich für unschuldig erklären. Europazentrismus und

Europäischer Nationalismus sind gefährliche Irrwege. Denn Europa ist in jedem Fall mit seinen Interessen an der globalen Entwicklung beteiligt. Wirtschaftlicher und kultureller Austausch, die Verbreitung moderner Technologien (Gentechnik, Kommunikationstechnologie), die internationalen Finanz- und Warenmärkte wirken über den eigenen Wahrnehmungshorizont hinaus und verlangen nach verantwortlicher Vorsorge in Richtung sozialer Gerechtigkeit und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Machtstrukturen der Weltgesellschaft und Schuldenproblem (B50) Der erste Schritt zur Versöhnung ist, diese Einflüsse unseres Lebensstils und Wirtschaftssystems auf den Rest der Welt anzuerkennen. Als europäische Kirchen sind wir verpflichtet, unseren Teil der geschichtlichen und aktuellen Verantwortung als Herausforderung anzunehmen und Ideen und Verhaltensweisen zu fördern, die die ethischen Orientierungen des Evangeliums zur Geltung bringen. Betrachten wir unser "Weltdorf" aus der Vogelperspektive, wird ein Grundmuster erkennbar, nämlich die Überlagerung von zwei gegenläufigen Prozessen: auf der einen Seite sehen wir einen Prozess wachsender Vereinheitlichung, für den das Schlagwort der "Coca-Cola-Kultur" geprägt wurde, und auf der anderen Seite einen Prozess wachsender Differenzierung, die gelegentlich sogar bewusst als Widerstand gegen den Prozess der Homogenisierung betrieben wird. Für ihn stehen neben den Regionalisierungsbestrebungen auch die verschiedenen Fundamentalismen. Es wäre jedoch falsch und fatal, bei diesem Überblick die Ungleichgewichte zu übersehen, die das Geflecht von Entwicklungstrends kennzeichnen. Vor allem aus der Perspektive der Opfer betrachtet, tritt ein ausgeprägtes Machtprofil hervor, das jene Kräfte, welche die Globalisierung und Homogenisierung vorantreiben, im Vergleich mit den Gegenkräften als die weitaus Mächtigeren erkennen lässt. Zu diesem Machtprofil gehört vor allem das nach wie vor ungelöste Schuldenproblem, das viele Länder Afrikas, Asiens, Zentral- und Lateinamerikas und inzwischen auch Osteuropas in Abhängigkeit hält und ihnen Gestaltungsspielraum zu ökonomischen und sozialen Problemlösungen unerträglich beschneidet. Erst die Einsicht, dass solche Abhängigkeit die Kreativität zur Selbstverantwortung behindert, kann auch auf dem Hintergrund der europäischen Kolonialgeschichte, den Weg zu einem Nord-Süd-Dialog eröffnen, der auf Versöhnung hin angelegt ist. Eine wesentliche Voraussetzung dazu ist ein genereller Schuldenerlass, der sich mit der Förderung nachhaltiger Entwicklung in den betroffenen Ländern verbindet. Das Eintreten der Kirchen für einen solchen Schritt kann sich auf biblische Quellen berufen. Das Erlass- oder Jubeljahr, in dem jeder Mensch wieder zu den Seinen kommen soll, ist Ausdruck der Versöhnungsbereitschaft im Prozess der Geschichte. Diese Bereitschaft beharrlich zu fördern und einzufordern, gerade auch von den säkularen Instanzen, die die strukturellen ökonomischen Beziehungen gestalten, muss als Auftrag der Kirche beständig wach gehalten werden, damit das Geschenk der Versöhnung auch für die zur Quelle neuen Lebens wird, die in menschenunwürdigen Verhältnissen im Kampf um ihr Leben und Überleben verzweifeln.

Bedeutung der internationalen Zivilgesellschaft (B51) Seit Basel 1989 haben eine lange Reihe wichtiger Konferenzen der Vereinten Nationen stattgefunden, die sich mit den wesentlichen globalen Problemen beschäftigen. Dies begann mit Umwelt und Entwicklung (Rio, 1992), setzte sich u. a. mit Menschenrechten (Wien, 1993), sozialen Problemen (Kopenhagen, 1995), der Frauenkonferenz (Peking, 1995), Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen (Kairo, 1994), und Fragen urbanen Lebens (Istanbul, 1996) fort. Sowohl der Heilige Stuhl und der Ökumenische Rat der

Kirchen sowie die regionalen ökumenischen Organisationen haben sich intensiv an diesen Konferenzen beteiligt und an ihren Ergebnissen mitgewirkt. An der Vorbereitung, Durchführung und Umsetzung dieser Konferenzen waren und sind tausende von Nichtregierungsorganisationen beteiligt. Durch sie entwickelt sich eine internationale Zivilgesellschaft, die das Bewusstsein für unsere globalen Probleme wachhält und ihre Bearbeitung und Lösung einfordert. Dieser sogenannte "dritte Sektor" neben Staat und Wirtschaft ist ein neues Element der gesellschaftlichen Kreativität und Partizipation. Von Brasilien über Südkorea bis Südafrika wächst diese zivilgesellschaftliche Bewegung in vielen Ländern des Südens. Sie stützt sich auf Prozesse der Demokratisierung und der Selbstorganisation. Viele Kirchen sind daran beteiligt. Zugleich haben aber auch vor allem die G7-Staaten auf Regierungsebene eigene Entscheidungsstrukturen entwickelt, die gegenüber solchen stärker partizipatorischen globalen Problemlösungsversuchen in Konkurrenz geraten, wenn sie sich mit ihnen nicht verschränken. Die Frage des Verhältnisses von Regierungshandeln einerseits und zivilgesellschaftlichen Beiträgen zur Problemlösung andererseits ist ein generelles Problem, das der Aufmerksamkeit und Bearbeitung bedarf.

Neuorientierung in der kirchlichen Entwicklungsarbeit (B52) Die Kirchen haben in den letzten Jahren von ihren Fehlern im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gelernt und versucht, den seit langem bestehenden Grundsatz, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, partnerschaftlich und durch den Einsatz neuer Formen der Projekt- und Programmförderung zu verwirklichen. Neben diesen entwicklungspolitischen Maßnahmen in den Ländern des Südens traten verstärkt Bewusstseinsbildung und Anwaltschaft für den Süden. Die Kirchen haben dabei Konzeptionen und Modelle entwickelt, die heute vielfach als beispielhaft anerkannt werden. Das eigene Entwicklungshandeln der Kirchen mit ihren eigenen Agenturen und Hilfswerken, das auf die Erfahrungen von vier Entwicklungsdekaden zurückblicken kann, hat solche Selbstorganisationsprozesse (Hilfe zur Selbsthilfe) durch eine Vielzahl von Projekten gefördert. Dabei kommt kirchlichen Entwicklungsprojekten oft auch eine Vorbildfunktion für staatliches Handeln zu, die weiterhin anerkannt wird. Dies gilt auch für den Bereich alternativer Kreditinstitute (z.B. EDCS), die mit ihren Ressourcen Prozesse der Selbstorganisation anstossen. Im Zuge gleichzeitiger weiterer Globalisierung und Regionalisierung ist kirchliches Entwicklungshandeln dennoch herausgefordert, seine eigenen Strukturen im Hinblick auf die stärkere Partizipation seiner Partner zu überdenken und die zivilgesellschaftlichen Bewegungen als Subjekte der Transformation auch international weiter zu vernetzen. Den Kräften der Globalisierung muss die Kraft der weltweiten Ökumene entsprechen. Die Kirchen des Südens streben danach, sich aus der Abhängigkeit von den reichen Kirchen des Nordens zu lösen. Angesichts knapper werdender Finanzmittel muss grundsätzlich über die Formen und Ziele ökumenischer Zusammenarbeit im Weltmassstab nachgedacht werden. Längst fällige Reformen müssen in Angriff genommen werden. Angesichts der Interdependenz der einen Welt brauchen wir die ökumenische Gemeinschaft mehr denn je als einen Resonanzboden für das, was in der Welt geschieht, und als ein Forum geschwisterlichen Teilens von Erfahrungen und Informationen.

Nachhaltige Entwicklung und Politik des Teilens (B53) Die Kirchen müssen sich auch in Europa für eine nachhaltige Lebensweise einsetzen, die die Bedürfnisse der anderen, besonders der Ärmsten in den Ländern des Südens, einbezieht. Sie beruht auf der Anerkennung des Wertes jeden Lebens und auf der Ächtung derjenigen

Strukturen und Verhaltensweisen, die das Recht der Menschen auf menschenwürdiges Leben zerstören. Dieser Verpflichtung kann nur nachgekommen werden durch eine aktive Beteiligung an einem weltweiten Prozess des Teilens. Dieser Prozess des Teilens betrifft nicht nur den Überfluss oder nutzlos gewordene, veraltete Güter. Er ist kein billiger Prozess des "Recyclens", sondern eine dringende und kostspielige Herausforderung. Er ist nicht passiv, sondern eine aktive Multiplikation der Gaben. Gerechtes Teilen baut Brücken, die Begegnung und tragfähige Beziehungen ermöglichen. Der Prozess des Teilens kann eine starke Synergie in Richtung auf ein besseres Wohlergehen aller auslösen. Er kann vielerlei Kreativität für Innovationen freisetzen und die Suche nach Alternativen auf den Feldern des Verbrauchs, des Kreditwesens, der Produktion, der Beschäftigung und des Handels voranbringen. Solidarität und gegenseitiges Verständnis, Gerechtigkeit und Partizipation sind Schlüsselworte und Orientierung für solche Entwicklungen. Die europäischen Kirchen müssen sie fördern, um zwischen den Nationen und Menschen der "Einen Welt" in ihrer bleibenden Verschiedenheit Brücken zur Versöhnung zu bauen.

* Mit grosser Mehrheit, wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen entgegengenommen!

Abschlußerklärung des Europäischen Ökumenischen Aktionsbündnisses für Graz

*Es ist besser, daß es einen Skandal gibt,
als daß die Wahrheit zu kurz kommt.
(Papst Gregor der Große)*

Seit der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel 1989 sind grundlegende Veränderungen geschehen, die die ökumenische Bewegung vor neue Herausforderungen stellen. In Vorbereitung auf die Zweite Ökumenische Versammlung wollten wir deshalb Zusammenarbeit von vornherein zum Prinzip, nicht allein zum Ziel für unsere Teilnahme machen. In einer Koalition von etwa hundert Basisgruppen planten wir für "Graz" u.a. ein ÖKUMENISCHES DORF und einigten uns auf folgende Ziele:

- (1) die Opfer zu ermutigen, für sich selbst zu sprechen;
- (2) die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen grundsätzlich zu kritisieren;
- (3) Änderungsprozesse dadurch in Gang zu bringen, daß wir Zellen einer alternativen Gesellschaft aufbauen;
- (4) unsere Kirchen an die bereits eingegangenen Verpflichtungen zu erinnern;
- (5) die Freude versöhnungsbereiter Gemeinden und Gemeinschaften zu feiern.

Am Ende der Tage in Graz bestätigen und bekräftigen wir unsere Ziele. Wir fügen hinzu, daß die Verwirklichung einer gerechten Gemeinschaft von Frauen und Männern uns als gesondertes Ziel ausdrücklich bewußt sein sollte.

1. In unserem Dorf gab es einen besonderen Raum, in dem Menschen ihre Lebensgeschichte mit uns teilten, von erlebter Versöhnung und Unversöhnlichkeiten erzählen konnten und davon, woher sie die Kraft gewinnen, damit umzugehen. Wir

haben erlebt, daß Zuhören erfordert, uns selbst zu verändern. Glaubwürdigkeit gewinnen unsere Kirchen, wenn sie bereit werden, sich so zu verändern, daß sie annehmen können, was Arme und Leidende zu sagen haben, und gemeinsam mit ihnen nach der Quelle der Kraft suchen, aus der Widerstand kommen kann.

2. In unserem Dorf berieten z.B. Bauern aus der Steiermark, Württemberg und Polen über Mittel und Wege, Kirchen zu gewinnen, sich für eine nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen, um der anhaltenden Zerstörung der Umwelt zu wehren. Zwar haben wir noch 1989 den Fall kommunistischer Machteliten erlebt, denen die Völker die Legitimation entzogen, dennoch sind wir den Zielen von Basel nicht näher gekommen. Wir beobachten im Gegenteil die Konsolidierung der zerstörerischen Marktkräfte und, damit verbunden, die Zunahme der aus der Konkurrenz erwachsenden Gewalt und die stärkere Betonung eines gegen das Leben und die Schöpfung gerichteten Wachstums der Wirtschaft. Die Option für die Armen und das neoliberale Wirtschaftsmodell schließen einander aus.

3. Im Dorf hörten wir u.a. vom Handel mit Frauen und Kindern und dem Widerstand gegen solche Kennzeichen einer Kultur, die zuletzt auch den Menschen auf den Geldwert einer Ware reduziert. Wir wehren uns dagegen, daß der Mangel an einem alternativen Gesamtentwurf zur kapitalistischen Ökonomie zur Entschuldigung dient, die vielen Vorschläge nicht zu unterstützen, die falsche politische Entscheidungen unserer Regierungen korrigieren und gefährlichen Entwicklungstendenzen Einhalt gebieten könnten. Wir drängen darauf, daß Kirchen und ChristInnen in ihrem täglichen Leben mit denen zusammenarbeiten, die sich für solche Vorschläge einsetzen, und daß sie sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen. So sollten wir die Chance nutzen, Verbindungen zwischen dem konziliaren Prozeß und den lokalen "Agenden 21" (Zielvorstellungen für das 21. Jahrhundert) herzustellen und unsere Erfahrungen einzubringen. Gleichzeitig arbeiten wir daran, in regionalen und lokalen Projekten und Experimenten Räume zu schaffen, in die die zerstörerischen Marktkräfte nicht hineinreichen. Wenn wir an solchen Stellen die absolute Macht des Mammon in Frage stellen, fangen wir an, dem vom Kapital beherrschten System sichtbar die Legitimation zu entziehen.

4. In unserem Dorf haben wir über aktive Gewaltfreiheit in der Nachfolge Jesu, über qualifizierte, zivile Friedensdienste und das Schalomdiakonat gesprochen und über die Möglichkeiten unserer Kirchen, auch gegenüber Regierungen auf potentielle Konflikte, vorbeugende Bewältigungsstrategien und Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen, für Kriegsdienstverweigerung einzutreten und Gewaltfreiheit theologisch zu reflektieren. Wir verpflichten uns und mahnen unsere Kirchen zur Treue gegenüber dem konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, zur Treue gegenüber der Ökumenischen Dekade der Kirchen in Solidarität mit den Frauen, zur Treue gegenüber der ökumenischen Bewegung und ihren internationalen Institutionen, die dem Willen zur Einheit sichtbar Ausdruck verleihen. Wie viele Menschen hoffen wir darauf, daß ChristInnen in aller Welt mit einer Stimme Unrecht beim Namen nennen und von der Hoffnung auf eine Gesellschaft des Schalom, in der Platz für alle ist, in Würde zu leben, Zeugnis geben.

5. Unser Dorf selbst war das Experiment, über die Wahrnehmung und Feier der ökumenischen Vielfalt hinauszugehen. Die Mitglieder der "Koalition für Graz" eint die Erkenntnis, daß wir seit Basel eine neue Stufe der Eskalation der globalen Gefährdungen erleben. Aber wir sind an ganz verschiedenen Stellen mit sehr

unterschiedlichen Mitteln tätig. Unsere Zusammenarbeit hat uns auch in Konflikte und durch sie hindurch geführt. Wir haben uns auf den Weg der Versöhnung begeben, an dem immer neue Unversöhnlichkeiten auftauchen. Wir haben erfahren, daß der Wille zur Kooperation uns stärker geprägt hat als aller Streit. Diese Erfahrungen in unserem "Dorf" bestärken uns, weiter Gottes Versöhnung zu suchen und zu bezeugen.

Erklärung der Frauen von Graz - Keine Versöhnung ohne Gerechtigkeit!

Die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz hat auf vielen verschiedenen Ebenen stattgefunden und dabei eine wichtige Frage aufgeworfen: Wer ist Kirche? Die Vertreter der Hierarchie, die Delegierten oder die Mehrheit der Männer und Frauen, die Hearings und Workshops gestalteten und daran teilnahmen?

Frauen haben in vielen Hearings und Diskussionen ihre Erfahrungen in Kirche und Gesellschaft zur Sprache gebracht. Die gastfreundliche Atmosphäre des Frauenzentrums in der Heilandskirche hat es Frauen ermöglicht, offen über ihre zahlreichen Anliegen zu sprechen. Erfahrungen der Gewalt und Ausgrenzung haben sich dabei als zentrale Themen herauskristallisiert. Es wurde aber auch deutlich, daß Frauen, die ihre Erfahrungen zum Ausgangspunkt ihres Nachdenkens und ihrer Arbeit machen, eine größere Vision von einer neuen Gesellschaft und einer anderen Form der Ökumene haben.

Wir versammeln uns heute hier vor der Plenarhalle, um sichtbar zu machen, was lange unsichtbar gemacht wurde. Der Heilige Geist spricht durch die Stimmen von Frauen, um die zahlreichen Anliegen des 20. Jahrhunderts zur Sprache zu bringen. Wenn die Kirchen diese Stimmen weiter ignorieren, werden sie sich selbst großen Schaden zufügen. Die Diskussionen und Hearings dieser Versammlung haben gezeigt, daß es keine Versöhnung geben kann, solange Frauen, die in Kirchen und Gesellschaft marginalisiert sind, keine Gerechtigkeit erfahren. Solange Frauen nicht befreit sind, können auch Männer nicht wirklich frei sein.

Solange Frauen nicht die volle Gleichberechtigung in allen Kirchen erlangen, wird deren Glaubwürdigkeit Kirche Gottes zu sein weiterhin leiden.

Frauen sind kein Rahmenprogramm! Keine Versöhnung ohne Gerechtigkeit! Es lebe die Ökumene der Frauen!

Graz, 27. Juni 1997

Gez. Mag. Michaela Moser

Pressereferentin im Frauenzentrum (Graz, Heilandskirche)